Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. **Abonnementspreis** durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: **Leipzig** Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 15. **Sonnabend, den 13. April 1907.** **11. Jahrgang.**

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: **Essen:** Marmorbetrieb von Könen u. Komp. **Jena:** Granitbetrieb Conradus. **Erfurt:** Platz Merkel. **Pirmasens:** Platz Caprano. **Weinsberg:** Platz Burrer.

Lüneburg. Bei der Firma R. Ehlert u. Co. haben die Marmorarbeiter die Arbeit eingestellt.

Speier. Platz H. Müller, J. Lend und H. Lauer streiken die Steinmetzen.

In Schwarzenbach a. S., Wunsiedel, Berneck, Münchberg, Seußen, Selb und **Niederlamitz** stehen die Granitarbeiter im Streik.

Der Zuzug nach dem Fichtelgebirge ist streng fernzuhalten!

Regensburg. Kunststeinfabrik Edenhofer sind die Kollegen ausgesperrt.

Eisenach. Sämtliche Granitarbeiter der Firma Konradus stehen im Streik. Die Kollegen werden ersucht, auf die Inserate im Deutschen Steinbildhauer nicht anzubeißen und Zuzug fernzuhalten.

Dresden. Bei der Firma Stein legten sämtliche Marmorschleifer wegen Ignorierung des bestehenden Tarifs die Arbeit nieder. Die Firma ist für Marmorarbeiter gesperrt.

Mit der Meißener Firma Granitwerk O. Köhler ist ein neuer Tarif zu beiderseitiger Zufriedenheit abgeschlossen. Einem Arbeitsantritt nach dort steht nichts im Wege.

In Plauen i. Vogtl. stehen die Steinmetzen im Streik.

Belgrad (Serbien). Die deutschen Kollegen werden ersucht, auf die Arbeitsangebote nach hier nicht zu reagieren. Der Platz Bertoli in Belgrad ist gesperrt.

Ungarn. Angesichts der äußerst mißlichen Verhältnisse der Bauarbeiter in Ungarn und auf Grund der Lohnbewegung der Steinarbeiter in Budapest, werden alle Steinarbeiter ersucht, bis auf weiteres den Zuzug nach Ungarn bezw. Budapest vermeiden zu wollen. Internationales Sekretariat.

Unfallstatistik.

ssc. Die dem Reichstag vorgelegten Nachweise über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1905 zeigen wieder die seit Bestehen der Unfallversicherungsgesetze (1886) zu beobachtende Zunahme der entschädigungspflichtigen (über 13 Wochen wirkenden) Unfälle. Erstmalig entschädigte Unfälle wurden gezählt 141 121 gegen 137 673 im Vorjahre, wovon 1334 auf die Versicherungsanstalten (kleine Unternehmer als Selbstversicherte), 5092 auf die staatlichen und kommunalen Ausführungsbehörden, 68 360 auf die gewerblichen und 66 335 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entfielen. Die Zahl der überhaupt angemeldeten Unfälle betrug 609 160 (583 965). Auf tausend versicherte Personen der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Ausführungsbehörden kommen 8,24 entschädigte Unfälle und zwar 0,65 tödlich verlaufene, 0,09 dauernd völlige, 3,55 dauernd teilweise und 3,95 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit bedingende. Da nach der herrschenden Rechtsprechung für eine Erwerbseinschränkung von weniger als 10 Prozent überhaupt keine Rente gewährt, auch der „Gewöhnung" und ähnlichen mildernden Begriffen ein sehr weiter Spielraum gelassen wird, ist die Zahl der Fälle teilweiser Erwerbsunfähigkeit in Wirklichkeit viel größer. Aber auch nach den gegebenen Zahlen steht fest, daß — unter Annahme einer durchschnittlich nur dreißigjährigen Dauer der Erwerbsfähigkeit fast jeder Arbeiter im Laufe seiner Arbeitsjahre einen entschädigungspflichtigen Betriebsunfall, jeder vierte einen schweren Unfall erleidet und jeder fünfzigste durch Betriebsunfall den Tod findet.

In den zwanzig Jahren 1886 bis 1905 betrug die Gesamtzahl der entschädigten, also schwereren Unfälle, 1 555 860. Davon hatten den Tod zur Folge 132 079, dauernde Erwerbsunfähigkeit 809 222 (völlige 37 949, teilweise 771 273) vorübergehende 614 614. Was besagen gegenüber diesen immer erneuten unaufhörlich steigenden Blutopfern auf dem Altar der vaterländischen Industrie und der kapitalistischen Raubwirtschaft die kriegerischen Heldentaten und Opfer, die unser Junkertum im Interesse seiner Herrschaftsstellung einigemale im Laufe von hundert Jahren erlitten hat, und mit denen es doch unaufhörlich protzt und ununterbrochene Vorrechte und Vorteile für sich begründet.

Sehr merkwürdige Ergebnisse liefert die Statistik der Unfallfolgen im einzelnen, wenn man sie in ihrer Entwicklung und Gliederung betrachtet. Wir sahen, daß die Zahl der entschädigten Unfälle von Anfang an — absolut — ununterbrochen, —relativ — fast ununterbrochen ansteigt:

	Entschädigte Unfälle überhaupt	Entschädigte Unfälle pro 1000 Versicherte	Davon tödlich überhaupt	Davon tödlich pro 1000 Versicherte
1886	10 540	2,33	2 716	0,73
1891	50 507	2,80	6 346	0,35
1896	85 272	4,84	6 989	0,40
1901	116 089	6,15	8 359	0,44
1906	139 787	6,90	8 757	0,43

Die riesige absolute Steigerung der ersten fünf Jahre hängt mit der mehrmaligen Erweiterung des Kreises der Versicherten zusammen. Während nun aber die Zahl der Todesfälle seit anfang der neunziger Jahre im Verhältnis zur Zahl der Versicherten ständig etwas gewachsen ist, finden wir eine ganz erstaunliche Verminderung der schweren Erwerbseinschränkungen, namentlich der dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit, und zwar nicht nur eine relative, sondern trotz der Erweiterung des Kreises der versicherten Personen sogar eine absolute. Es wurde eine Einschränkung der Erwerbsunfähigkeit festgestellt und entschädigt:

	Dauernd völlige überhaupt	Dauernd völlige pro 1000	dauernd teilweise überhaupt	dauernd teilweise pro 1000	vorübergehende überhaupt	vorübergehende pro 1000
1886	1778	0,48	3 961	1,06	2 085	0,56
1896	1524	0,09	44 373	2,52	32 386	1,84
1905	1476	0,07	63 530	3,14	66 024	3,26

Einem relativen Rückgang der Fälle dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit von 0,48 auf 0,07 pro Mille der Versicherten steht also eine relative Steigerung der Fälle dauernd teilweiser Erwerbsunfähigkeit von 1,06 auf 3,14 gegenüber. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Verschiebung nicht etwa eine Folge verbesserter Unfallverhütung oder von Fortschritten im Heilverfahren ist, sondern auf eine veränderte Praxis in der Unfall-Rechtsprechung zurückzuführen ist. Immer häufiger finden wir die Rentensätze von 70, ja 80 oder gar 90 Proz., obwohl jeder Einsichtige sich sagen muß, daß hier in Wahrheit von einer wirtschaftlich verwertbaren Arbeitskraft, einer wirklich bestehenden Erwerbsfähigkeit gar nicht mehr die Rede sein kann. Wir lernten jüngst einen Unfall kennen, wo ein Arbeiter durch elektrischen Strom, der in viel geringerer Stärke früher mehrmals andere getötet hatte, an verschiedenen Körperteilen gelähmt, schwer verwundet wurde, das Zittern und die Angst als dauernden Zustand bekam. Dem wandelnden Leichnam wollte die Berufsgenossenschaft nach kurzer Zeit die Rente auf 80 Prozent herabsetzen. Und trotz Abweisung vom Schiedsgericht, das den Verletzten gesehen hatte, trotz entschiedener Gutachten akademischer Autoritäten, setzte sie am Reichsversicherungsamt die Herabsetzung wenigstens auf 90 Proz. durch. Ob einer der Richter oder der Unternehmer im Vorstand der Berufsgenossenschaft dem Mann eine zehnprozentige Erwerbsgelegenheit verschaffen kann? Diese Fälle, in denen in immer rigoroserer Weise auf Kosten der Aermsten der Armen und zugunsten schwerreicher Unternehmer „gespart" und diese Sparsamkeit von höchsten Gerichten gutgeheißen wird, kommen immer häufiger vor. Und in dem Rückgang der dauernden, der Zunahme der vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit, finden wir dieselbe Tendenz

Und daß es sich hier um eine Tendenz der Verwaltung und Rechtsprechung handelt, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nichts zu tun hat, geht aus folgender Tatsache hervor. Wenn man zwischen gewerblichen Berufsgenossenschaften einerseits und staatlichen, sowie kommunalen Ausführungsbehörden anderseits unterscheidet, so zeigt es sich, daß die Zahl der Fälle dauernder Erwerbsunfähigkeit auf je 1000 Arbeiter bei ersteren 0,45, bei letzteren 0,07, also noch nicht den sechsten Teil beträgt, während sich die Fälle dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit wie 2,9 zu 3,59 verhalten. Der Gegensatz ist schlagend. Offenbar sind die Behörden in der Kunst der Sparsamkeit auf Kosten der elendesten der Invaliden noch nicht soweit geschult, wie die Unternehmer von Fach und ihre Besoldeten. Hoffen wir, daß diese Tatsache sie nicht etwa zum „edlen Wetteifer" in der gleichen verhängnisvollen Richtung anspornt, sondern daß aus ihr vielmehr die Notwendigkeit einer Aenderung und Besserung der immer unerträglicher werdenden Verwaltungsmaximen der gewerblichen Berufsgenossenschaften abgeleitet wird.

„Mehr Agitation unter den Marmorarbeitern"

war vor einigen Jahren bei meinen engeren Berufskollegen ein geflügeltes Wort. Längere Zeit war es verstummt, bis vor etlichen Wochen ein Gaukonferenzbericht dieses wieder zutage förderte. Wer und wo es gesagt, kommt nicht in Frage, ist Nebensache, weil der Satz auf seine Berechtigung geprüft werden soll. Eine Begründung hierzu hat man nicht gelesen, kann es also verschiedentlich auslegen. Entweder als einen Vorwurf gegen die agitatorisch tätigen Kollegen, oder auch als einen besonderen Hinweis dieser Kollegen auf die mißlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Marmorindustrie beschäftigten Personen.

Ist das erste gemeint, so ist der Vorwurf zurückzuweisen. Wer die Entwicklung des Verbandes, die Angliederung der einzelnen Branchen an den Steinarbeiterverband verfolgt hat, der wird die erfreuliche Beobachtung gemacht haben, daß die Marmorarbeiter verhältnismäßig sehr rege daran beteiligt sind; es erübrigt sich, die einzelnen Orte anzuführen. Dieser Vorgang ist nicht zu allerletzt der Tätigkeit unsrer in der Agitation tätigen Kollegen zuzuschreiben. Wer des weiteren Gelegenheit hatte oder sich der Mühe unterzog, die Gauleiter bezw. deren Tätigkeit seit der Anstellung zu verfolgen, die sie in Versammlungen, in aufklärenden Flugblättern, in Abschlüssen von Tarifverträgen entfalteten, der wird wissen, daß in allen Branchen mit dem gleichen Hochdruck gearbeitet wird.

Der Erfolg freilich ist nicht in jeder Gruppe gleich. Dieses hat nun schon manchen Kollegen, der mit geschwelltem Segel auszog, um den Indifferentismus zu besiegen, bewogen, seine Segel wieder einzuziehen, weil er den widrigen Winden, die sich ihm entgegenwarfen, nicht gewachsen war. Dieses betrifft hauptsächlich die Marmorarbeiter in den Großbetrieben. Es ist lediglich nur geschehen, um unnütze Kraftanstrengungen, die keinen Erfolg zeitigen, besser anzuwenden.

Es gibt nun innerhalb Deutschlands wohl keine Berufsgruppe an irgendeinem Ort, der nicht schon des öfteren mit allem Nachdruck die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, also der Organisation, vor Augen geführt wurde. Teils durch unsre wirtschaftliche und politische Konstellation, teils durch Flugblätter oder die Arbeiterpresse usw. Und wer von den Arbeitern hat es nicht am eignen Leibe erfahren? Wohl alle, auch die Marmorarbeiter. Denn die Entlohnung für die gleichgültigen Marmorarbeiter ist nicht der verteuerten Lebenshaltung entsprechend gesteigert, sondern es ist noch eher eine Reduzierung der Löhne eingetreten. Werden diese Vorgänge berücksichtigt, dann ist „Mehr Agitation unter den Marmorarbeitern" — als Vorwurf — durchaus nicht aufrecht zu erhalten. Geschieht dieses dennoch, so muß der oder die Betreffenden es sich gefallen lassen, daß man sie als kurzsichtig hinstellt; ja, als jemand, der nicht über die Grenzen seines heimatlichen Horizonts hinausschaut und über andre Orte im Steinarbeiterverband hinwegsieht. Ist jedoch, wie bereits angedeutet, damit ein Hinweis auf diese Berufsgruppe gemeint, dann läßt sich schon eher eine Verständigung herbeiführen. Obgleich die Gauleiter und auch andre Kollegen, die das gewerkschaftliche A-B-C begriffen haben, diesen Hinweis wohl als überflüssig betrachten.

Besser wäre es schon, wenn dem Zentralvorstand und auch der Redaktion die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus den Marmorbetrieben geschildert und auch andre Mitteilungen von Belang übermittelt werden. Dieses wäre schon etwas und läßt sich agitatorisch verwerten. Noch angebrachter wäre es, wenn die Rufer des geflügelten Wortes ebenfalls sich als Mitarbeiter für das Fachblatt in dem Sinne betätigen. Wenn dann so der Gleichgültigkeit unter den Marmorarbeitern auf den Leib gerückt wird, dann dürften die Hindernisse recht bald beseitigt werden im Interesse der Marmorarbeiter selbst.

Die Großbetriebe in der Marmorindustrie sind vielfach dem Getriebe der Großstadt entrückt. Es ist dieses nicht ohne Absicht geschehen. Die Billigkeit der Arbeitskräfte war hier die Triebfeder, und wo diese Betriebe in kleineren Orten sich befinden, bilden sie für die dortige Bevölkerung fast die einzige Erwerbsquelle. Dieses ist ein Moment, das die Schwierigkeit der Organisationsgewinnung erklärlich erscheinen läßt. Freilich haben wir solche Orte, wo trotzdem eine gute Zahlstelle besteht, wenn auch dieses als Ausnahmefall angesehen wird, so ist es aber ein gutes Zeugnis für den Geist dieser Mitglieder. Sie sind von allen andern Gewerben isoliert, haben die Verbindung mit andern Berufen nur geistig durch die Presse, bekommen nicht die Anregung, wie Gewerkschaften in Städten mit Gewerkschaftskartellen usw. Die Kleinbetriebe der Marmorindustrie, auch „Raspelbuden" genannt, können fast nur in der Großstadtluft gedeihen, weil die Arbeitsstücke wie Semmeln fabriziert und warm abgeliefert werden.

Hallo! wird mancher Marmorarbeiter ausrufen, male nicht zu schwarz, denn es gibt noch andre Betriebe außer Raspelbuden und Großstadtbetrieben. Gewiß, es ist noch ein Mittelding vorhanden zwischen Groß und Klein, die von oben und unten, also von den genannten Groß- und Kleinbetrieben, am meisten in der Preisstellung gedrückt und auch schließlich aufgerieben werden. Es ist dieses ein Vorgang, der für manchen nichts Neues darstellt. Ein weiteres Eingehen darauf ist im Rahmen dieses Artikels nicht angebracht.

In fast allen Betrieben herrschen mit wenigen Ausnahmen Zustände, die nur durch die Organisation zu beseitigen sind: lange Arbeitszeit, schlechte, ungesunde Werkstatträume und eine körperliche Schinderei zu erbärmlichen Akkordpreisen. Tritt man nun in eine solche Werkstelle ein, so fällt auf: schlechte Ventilation, Feuchtigkeit, ungenügendes Licht und Unsauberkeit. Die Marmorarbeiter, Hauer und Schleifer arbeiten wie die Maschinen, die morgens „angestellt" und abends wieder „abgestellt" werden. Da sehen wir Hauer, die arbeiten massiv (gewöhnlich sind diese noch besonders stolz darauf, haben ein gewisses Künstlergefühl) und hauen drein, als gelte es, den Beelzebub auszutreiben, dann sehen wir Plattenhauer (die gewöhnlich nicht für voll angesehen werden), die aus Leibeskräften die unebenen Stellen abraspeln und ihren

Mund so nahe am Staub haben, als ob sie ihn zur Nahrung gebrauchen. Ferner kommen uns die Schleifer zu Gesicht, ein andrer Ausdruck sagt Poliseure, die mit Aufwendung aller Muskelkraft über große und kleine Flächen hin und her fahren und nicht einmal Zeit finden, den Schlamm, die Absonderung ihrer Produktivität, in ihrer Nähe zu beseitigen. Teils fehlt es an Verständnis, teils auch an den nötigen Gerätschaften und Einrichtungen des Arbeitsraumes, dieses auszuführen. Kommt dann der Polier oder gar der Chef, dann wird noch mehr draufgedrückt usw.

Es gibt gewiß Betriebe, wo obiges nicht zutrifft, doch Ausnahmen sind keine Regel. Doch fahren wir in der Schilderung fort. Ist die Hauptgeschäftszeit vorbei, dann ist gewöhnlich noch größere Arbeit in petto. Da kommt dann der Polier oder auch der Geschäftsführer, holt sich einen oder zwei der stärksten Arbeiter herbei und setzt ihnen auseinander, daß die Geschäfte momentan sehr schlecht gehen, und um keine Arbeiter zu entlassen, sei ein größeres Stück Arbeit in Aussicht oder schon bereits übernommen, das etwas billiger gemacht werden müsse, es werde nichts dran verdient, aber der Arbeiter wegen sei es angenommen. Na, wer kennt nicht die Tiraden. Oder auch, es wird einfach diktiert, für diese Arbeit gibt es nur so und soviel. Einige unsrer Kollegen denken dann, wie nett, wie fürsorglich vom „Alten", andre machen eine Faust in der — Tasche und legen sich noch mehr aufs Arbeiten. Dieses ist in kurzen Strichen die Misere in der Marmorindustrie. Es könnte gewiß verteilt werden, doch mit Rücksicht darauf, daß der Artikel nicht zum Bandwurm ausartet, soll es unterbleiben.

Die immer mehr fortschreitende Entwicklung des Maschinenwesens in der Marmorindustrie wird die Lage der Arbeiter, wenn sie sich nicht aufraffen, noch mehr verschlechtern. Die Preßluftwerkzeuge, die neuerdings besonders propagiert werden, dürften in den Großbetrieben der Marmorbranche bald ihren Einzug halten. Der leidende Teil werden dann auch diejenigen Marmorarbeiter sein, die sich mit Hilfe der Organisation leidliche Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen haben.

Auch ein Teil der Unternehmer in der Marmorindustrie, oder wie sie sich nennen, Marmorindustrielle, sieht die Notwendigkeit einer Aenderung ein. Freilich betrachten sie die Vorgänge in der Marmorindustrie von andern Gesichtspunkten. Versucht haben die Ringfirmen es schon oft, eine gewisse Minimalgrenze der Preise für fertige Marmorwaren zustande zu bringen. Die Preise des Rohmaterials sind in den letzten Jahren nicht nur ausgeglichen, sondern verschiedene Male erhöht. Doch der Erfolg, den man sich davon versprochen zu haben scheint, ist nicht eingetreten, denn einige Firmen produzieren so billig, als wenn sie Rohmaterial geschenkt bekommen. Beispiele können genug angeführt werden, hauptsächlich von der sogenannten Dutzendware. Auch die Submissionsblüte, die kürzlich im Steinarbeiter bekanntgegeben, ist eins unter den vielen.

Auch sind einem Teil unsrer Kollegen Vorgänge bekannt, die teilweise die Preisschleuderei an einzelnen Orten erklärlich erscheinen lassen (Krust- oder Schalplatten), wo diejenigen, die sie angeblich bekämpfen wollen, direkt fördern. Doch dieses sind interne Angelegenheiten der Unternehmer, die gehen uns vorläufig nichts an.

Die Marmorindustriellen haben eine Vereinigung gegründet, um die Schmutzkonkurrenz einzudämmen. Allem Anschein nach ist die Tätigkeit dieser auf dem Gefrierpunkt angekommen. Die Konferenzen hatten viel Aehnlichkeit mit der Haager Friedenskonferenz. Wenn die Marmorindustriellen die ernste Absicht haben, die Verhältnisse in der Industrie zu bessern, dann kann dieses nur erreicht werden durch Anerkennung des Steinarbeiterverbandes als Kontrahent bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es dürfte für die Großbetriebe nicht schwer sein, einen Einheitstarif der Marmorbranche über ganz Deutschland zu schaffen, mit Zuschlägen für die jeweiligen örtlichen Verhältnisse, ähnlich wie bereits in andern Berufen. Als Schema schwebt dieses auch einigen tonangebenden Industriellen vor. Doch das Verständnis ihrer Berufskollegen fehlt für solche ganze Arbeit. Aber es dürfte nur auf diesem Wege gelingen, die schlimmsten Auswüchse auf dem Markt der Marmorindustrie zu beseitigen, unter denen die Unternehmer ebenso wie die Arbeiter zu leiden haben. Die Arbeiter, soweit sie keiner Organisation angehören, am schlimmsten; sie sind es immer, auf deren Kosten die Preisschleuderei stattfindet.

Hält die Gleichgültigkeit unter den Marmorarbeitern so stand, dann dürften sie bald unter den Normalverhältnissen der übrigen Berufe vegetieren und für eine große Zahl ihrer eignen Kollegen den Lohndrücker abgeben. Also heraus aus den teils gesundheitswidrigen Betrieben, zerrt ohne Scheu die erbärmliche Lohnzahlung ans Tageslicht. Was einzelne Betriebe können, kann die Gesamtheit ohne Zweifel. Deshalb hinein in den Steinarbeiterverband und die Worte beherzigt, die in diesem Artikel ausgeführt. Dann dürfte der Ruf: „Mehr Agitation unter den Marmorarbeitern", für immer verschwinden.

Kinderschutz.

ac. Was drängt sich nicht alles in diesem einen Worte zusammen? Mit dem Kinderschutz zusammen steht in engster Verbindung der Mutterschutz — der Schutz der Frauen vor der Geburt des Kindes, während und nach der Entbindung. Und Kinderschutz bedeutet nicht bloß Fürsorge für die Waisenkinder und die unehelich Geborenen, sondern auch Schutz der Unmündigen unter Umständen vor den eigenen Eltern, Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Ausbeutung.

Alle diese Probleme, mit Ausnahme vielleicht des letzteren, wurden auf dem Kinderschutzkongreß, der kürzlich in Wien tagte, behandelt. Gegen 1800 Teilnehmer hatten sich zusammengefunden, um die mit dem Kinderschutz zusammenhängenden Fragen zu diskutieren. Das kirchliche Element war sehr stark vertreten, leider viel zu stark. Dem Einfluß der Klerikalen war es sicherlich zu schulden, daß die in Oesterreich wohlbekannte Vorkämpferin für Kinderschutz, Fräulein von Wolfring, auf ihr Referat über Kindermißhandlungen verzichtete. Sie hatte sich schon vorher bei den Vertretern der Geistlichkeit unbeliebt gemacht, als sie die Mißhandlungen der Kinder in den Klöstern zur Sprache brachte. Nicht besser erging es einem Fräulein Fickert, welche es wagte, die schmähliche Ausbeutung kindlicher Arbeitskraft in den „Wohltätigkeits-Anstalten" der Kirche zum Gegenstand ihrer Kritik zu machen. Traurig ist das Los der unehelichen und vorehelichen Kinder. In Wien, so berichtet Fräulein von Wolfring, werden im Durchschnitt jährlich 17 000 uneheliche Kinder geboren; viele Tausende von ihnen führen „ein Märtyrerleben in aller Stille, sterben und werden begraben, ohne daß die Oeffentlichkeit, die Behörden, die Gerichte den wahren Sachverhalt erfahren. Ferner unterließ man es auf dem Kongreß, die Frage der gewerblichen Ausbeutung der Jugend zu behandeln; man hätte da die Lehrlingsfrage nicht unerörtert lassen können und damit die Kleinbürger vor den Kopf gestoßen. Nichtsdestoweniger hat der Kongreß im ganzen sehr gute Arbeit geleistet, namentlich ist einmal in volle Oeffentlichkeit gedrungen, welch ungeheure Verbrechen die Gesellschaft, die sich eine humane, eine christliche nennt, unausgesetzt sich gegen tausende unschuldiger, wehrloser Kinder zuschulden kommen läßt. Aus den umfangreichen, schriftlichen Berichten, welche die einzelnen Referenten dem Kongresse unterbreiteten, sei hier nur einiges mitgeteilt. So berichtet der Direktor der Prager Findelanstalt, Dr. Dworak:

Von den Findelkindern sterben 50 bis 60 Prozent, ehe sie das sechste Lebensjahr erreichen. Es sind die ärmsten, vielfach auch die skrupellosesten, die Ziehkinder in Kost nehmen, um von den äußerst gering bemessenen Verpflegungsgeldern noch zu profitieren. Fast noch schlimmer aber ergeht es denen, die das erste Kindesalter überleben, ein ewig dornenvoller Weg ist es, den sie beschreiten. Dworak berichtet von den Verpachtungen, sogar von Versteigerungen der Kinder. Ein Reichsfürsorgegesetz besteht in Oesterreich noch nicht und so werden die Ziehkinder herumgestoßen aus einer Gemeinde in die andere; in die Schule kommen sie nur wenig, unter Mißhandlungen werden sie zu schwerer Arbeit angetrieben. Kein Wunder, daß diese unglücklichen Menschenkinder moralisch und physisch verkommen, verwildern und abstumpfen; sie beginnen die Menschen zu hassen und werden nicht selten zum Schrecken der Gemeinde. Die Väter unehelich geborener Kinder suchen sich meist der Verantwortung zu entziehen; die Prager Anstalt bemüht sich, die Vaterschaft zu ermitteln und diese zur Zahlung der Alimente zu verpflichten. Die Vorschläge Dworaks gehen dahin, eine Reform des Vormundschaftswesens herbeizuführen, Berufsvormundschaften einzusetzen, die Versammlungstaxen zu erhöhen, eine strenge Auswahl der Zieheltern zu sichern und ein Ziehkinderamt nach Leipziger Muster einzurichten.

Aber auch der Schutz der Kinder gegen die eigenen Eltern ist nicht ausreichend, wie mit erschreckender Deutlichkeit aus einem schriftlichen Referat (Band 1 des Kongresses) hervorgeht. Danach werden namentlich in Ostböhmen zahlreiche Kinder, in manchen Gerichtssprengeln bis zu 40 Prozent als Harfenisten verkauft. Als solche gehen die Kinder nach Rußland, Kleinasien, Aegypten, China usw. usw. Die Eltern erhalten dafür vom Impresario 80 bis 240 Kronen pro Jahr. Manche Eltern geben mehrere Kinder hin, wofür sie 700 bis 800 Kronen im Jahre erhalten. Diese Bettelkinder sind unausgesetzt dem Hunger und dem Elend preisgegeben und sie zeichnen sich aus durch einen greisenhaften Körper, elende Muskulatur, dünne Arme, blasse, ausdruckslose, leichenhafte Gesichter, glasige, wässrige Augen und ein stumpfes Gemüt". Viele der unglücklichen Kinder entlaufen oft tausende von Meilen von ihrer Heimat entfernt, die Mädchen retten sich nicht selten in die Bordelle des Auslandes.

Die gesetzliche Fürsorge wird von Dr. Reicher behandelt. Er legt den Entwurf eines Fürsorgegesetzes vor, durch welchen die Fürsorge bis zum 18. Lebensjahre und zwar in Familien und Anstalt geregelt wird. Bis zu dieser Zeit sollen Jugendliche nicht in Strafe, nur in Erziehung genommen werden. Schwachsinnige sind in besonderen Anstalten zu erziehen. — Professor Dr. Lang behandelt das Jugendstrafrecht, worin er folgende Grundsätze niederlegt: Kinder bis 14 Jahren können wegen strafbarer Handlungen nicht verfolgt werden. Bis zum 18. Lebensjahre kann bei Vergehen, wenn sie jugendlichen Beweggründen entsprungen sind, nach Feststellung des Tatbestandes und des Verschuldens Strafnachsicht eintreten. Bei schlimmeren Straftaten sind die Betreffenden in Besserungsanstalten unterzubringen; Polizeiaufsicht ist ausgeschlossen.

Justizminister Dr. Klein entwickelte in einem bemerkenswerten Referat ein großzügiges Programm. Er sprach sich gegen die Verurteilung der Jugendlichen aus, kritisierte den Strafvollzug. Er kündigte eine Reihe Gesetzentwürfe an, die zum überwiegenden Teil schon fertiggestellt seien. Durch diese will er herbeiführen: die Zulassung der Frauen zu den Vormundschaftsämtern, Errichtung von Vormundschaftsräten, Regelung des Kost- und des Halte-Kinderwesens, die Fürsorge für uneheliche Kinder. In einer Reform des Jugend-Strafrechts soll das Strafmündigkeitsalter hinaufgesetzt und die Aussetzung des Strafvollzuges einbezogen werden.

Drei Tage lang dauerte die Redeflut. Am letzten Tage berichteten die Referenten aus den Abteilungen, die sich gebildet hatten, um die Frage nach den verschiedenen Gesichtspunkten zu beraten und unterbreiteten ihre Thesen. Das Reichs-Fürsorgegesetz wurde von einem Justizbeamten nochmals als demnächst zu erwartend, angekündigt. Zur ärztlichen Seite des Kinderschutzes wurde als wichtiger Vorschlag unterbreitet, die Mutter vor der Ausbeutung und Not zu schützen. Die größten Schwierigkeiten dürfte die Aufbringung der Kosten der Fürsorgeerziehung bereiten; aus den Debatten war ersichtlich, daß niemand sie tragen möchte. Hoffentlich wird das angekündigte Gesetz die nötigen Zwangsmaßregeln gegen Gemeinde und Staat enthalten, denn ohne Zwang wird man den schönen Worten, mit denen der Justizminister seinen Vortrag schloß, doch nicht überall Folge leisten. „Wollen wir hoffen, so sagte der Justizminister, daß die Verhandlungen des Kongresses allerorten der Einsicht zum Durchbruch verhelfen werden, daß auch zum Jugendschutz Geld gehört, das dafür verwendete Geld aber gut angelegt ist. Denn es wird mit Zinsen in anderen Zweigen des öffentlichen Haushaltes erspart. Die Landes- und die Gemeindeverwaltungen wissen es, daß Verwahrlosung in der Jugend und Hilfsbedürftigkeit im Alter die beiden Akte einer und derselben Lebenstragödie sind. Was uns vorschwebt, ist, die Scharen der Verlorenen, der Ausgestoßenen und ewig Vogelfreien, die Scharen derer, die trotz einiger Anlagen, zu nichts tauglich, sich und den andern zur Last leben, zu lichten, den Volkskörper kräftiger, arbeitstüchtiger zu machen."

Wenn auch manche Redner verschiedentlich sich auf die respektiven Einrichtungen in Deutschland beriefen, einiges als nachahmenswert bezeichneten, so haben wir in Deutschland wahrhaftig keine Ursache, deswegen besonders stolz zu sein und darüber zu vergessen, wie viel auch bei uns noch an einem wahren Kinderschutz fehlt. Fehlt es nicht bei uns noch an jedem wahren Mutterschutz? Und dann braucht man nur an die Hütigungen zu erinnern, die Ausbeutung der Kinder auf dem Lande und in der Heimarbeit und andere Fürsorgearbeit; obgleich gesetzlich geregelt, kann sie in ihrer Ausführung durchaus nicht immer und überall als mustergültig bezeichnet werden. Und sogar die Kindervermietungen haben wir nämlich von Baden und Württemberg nach der Schweiz. Darum sind die Verhandlungen in Wien auch für uns nicht nutzlos, wenn unsere Behörden und Gesetzgeber daraus lernen wollen.

Vom bayrischen Walde.

Am 14. März 1907 fuhr ich nach Nürnberg zur endgültigen Unterhandlung mit den Unternehmern des Baugewerbes, und trat von hier aus eine größere Tour in die Granitindustrie des bayrischen Waldes an, welche wohl verdient, hier wiedergegeben zu werden.

Erst führte mich der Weg über Regensburg, wo am Abend des 15. März eine sehr gutbesuchte Versammlung tagte. Hoffentlich gelingt es den Regensburger Kollegen durch eifrige Agitation, die noch Fernstehenden für unsre Ideen zu gewinnen und die Pläne der „Helden in Christo" zu durchkreuzen, um zeitgemäße Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

Am 16. März nahm ich Gelegenheit, bei der Firma Edenhofer dortselbst vorzusprechen, um die Herren aufmerksam zu machen, daß sie durch die vorgenommene Aussperrung der beschäftigten Kollegen einen Vertragsbruch begangen, und versuchte eine Einigung herbeizuführen. Dieselbe scheiterte hauptsächlich an dem Starrsinn des dortigen Ingenieurs, welcher wahrscheinlich das erstemal, seinem Benehmen nach zu urteilen, die Rolle eines Scharfmachers spielte. Er glaubt, für die hohen Löhne von 30—42 Pfg. pro Stunde, Steinmetzen genug zu erhalten; hoffentlich belehrt ihn die Solidarität der Kollegen eines besseren. —

Am selben Tage ging es nach Passau; wohl eine der schönst gelegenen Städte Bayerns. Durch die drei Flüsse Donau, Inn und Ilz gevierteilt, sucht Passau an Romantik seinesgleichen. Links der Donau erhebt sich ein mächtiger Granitfelsen mit der bekannten Festung „Oberhaus", in der manch braver, tüchtiger Arbeiter wegen militärischer Verbrechen seine Gesundheit durch monate-, ja jahrelange harte Strafe opfern mußte. In politischer Beziehung ist diese Stadt als eine der sichersten Zentrumsdomänen bekannt, in der der bekannte Domkapitular Dr. Pichler seinen Sitz hat und nur durch die Rührigkeit eines Häufleins tätiger Parteigenossen manchmal aus seiner Ruhe gestört wird. Wendet man von hier aus seinen Blick in nördlicher Richtung, so sieht man die ersten Höhenzüge des bayrischen Waldes. Die sonst so einladenden, dichtbewaldeten Berge waren diesmal mit mächtigen Schneemassen bedeckt.

Am 17. März ging es nun in bayrischem Lokalbahntempo über die hohe Donaubrücke in das schöne Tal der Ilz bis Tiefenbach; von hier per Postschlitten, in nur notdürftig ausgeschaufelten Straßen, nach dem freundlichen Marktflecken Tittling. Wo man hinschaut, 2—5 Meter hohe Schneedecken. Hier ein Haus bis an das Dach eingeschneit, dort Bäume bis an die Krone im Schnee, von Hasen und Hochwild zernagt. Von den ausgeschaufelten Straßen führen schmale Gäßchen durch hohe Schneewände in die entfernt und einzeln gelegenen Wohnungen unsrer Kollegen, die durch Arbeitslosigkeit oder erbarmungswürdig schlechte Löhne ein kümmerliches Dasein führen. Mittags tagte hier eine Versammlung, welche sich eines guten Besuchs erfreute. Nach meinem Vortrag über den Wert und die Notwendigkeit des Verbandes für die Arbeiterschaft, wurde von den dortigen Kollegen ein Bild des Jammers und des Elends entrollt, daß es für einen Menschen, der nicht die Unverfrorenheit der Unternehmerclique kennt, fast unmöglich erscheint. Löhne von 10, 12 und 15 Mk. in 14 Tagen sind dort keine Seltenheit. Die Steinbrüche und die Arbeitsbuden sind in den bedenklichsten Zuständen, Frühstücksbuden und Aborte sind dort ein Luxus, und wo welche vorhanden, dienen sie als Schmiede, Pulver- und Werkzeugkammer. In bezug auf Krankenversicherung und gewerblichen Arbeitsvertrag wird dort das undenklichste geleistet, so z. B. wurde in den Steinbrüchen der Firma Ehrenwert u. Rosenberger, Sitz Berlin, am 28. Februar 1907 zirka 90 Mann angeblich wegen Geschäftsaufgabe gekündigt, am 14. März 1907 erfolgte die Entlassung. Wer nun glaubt, daß für die zuletzt drei- und vierwöchentlich geleistete Arbeit eine Abrechnung oder gar eine Entlohnung erfolgte, der ist getäuscht. Es gab Abschlag in der Höhe von 50 Pfg. bis 3, 5 und 10 Mk.; wer zuerst kam, erhielt mehr, die letzten erhielten wenig oder gar nichts; kein Mann erfuhr, was sein Guthaben betrage, und wurde auf Befragen einfach abgewiesen mit dem Trost: „Das wirst scho sehen, wenn a Geld kimmt." Verlangte ein Mann seine Invalidenkarte, so hieß es vom Buchhalter Reck: „Ich kann's nöt aushändigen, weil's nöt ausbapt ist", trotzdem den Leuten die Beiträge regelrecht vom Lohne abgezogen wurden. Erst unterm 26. März 1907, also 12 Tage nach der Entlassung, ging mir von Herrn Hausteiner die Nachricht zu: „Daß nun di Leute im Besitz ihres Geldes und Karten sind, soweit sie darum nachgesucht haben." —

Auch der Pfarrer dort dürfte gut tun, in den von ihm kundgegebenen Standeslehren die Arbeiter nicht nur auf die Schädlichkeit des Alkohols und auf die Pflichten der Ehe aufmerksam zu machen, sondern auch auf die Pflichten des Arbeitgebers dem Arbeiter gegenüber, damit letzterer auch in den Stand gesetzt wird, als Mann und Vater handeln zu können.

Nach dieser Versammlung ging es nun nach dem 1½

Stunden entfernten Ort Fürstenstein, woselbst ebenfalls eine sehr gutbesuchte Versammlung tagte, und meine Ausführungen mit Beifall aufgenommen wurden. Der anwesende Geistliche überzeugte in kurzen Zügen die Versammlung von der Notwendigkeit der Organisation, warnte aber vor einer „Sozialdemokratischen". Er hat aber dabei gar nicht beachtet, daß unter seinen Schäfchen so mancher ausgesprochene Sozialdemokrat ist, trotzdem von einer gewerkschaftlichen Bewegung bis jetzt nichts zu verspüren war. Wer hat diese zu der Ueberzeugung gebracht? Hoffentlich zögern die Fürstensteiner Kollegen nicht, Mann für Mann unserm Verband beizutreten und dadurch einer besseren Zukunft entgegenblicken zu können.

Am 18. März ging ich zu Fuß nach dem von Fürstenstein 3½ Stunden entfernten Kalteneck. An Schneemassen entlang, welche die Höhe bis zu den Telegraphendrähten erreichten, und von hier nach Büchlberg, woselbst am 19. März im Baumgartschen Gasthaus in Eberhartsberg eine gutbesuchte Versammlung tagte. Auch hier sind die Klagen über Lohn- und Arbeitsbedingungen dieselben. Brüche, die ich besichtigte, haben weit überhängende Wände und gefährden das Leben der Kollegen stündlich; auch hier sind in manchen Betrieben Frühstücksbuden nicht vorhanden oder dienen zum Aufbewahren von Geräten und Pulver; Aborte fehlen meist ganz oder sind in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Die Löhne spotten jeder Beschreibung. Eine gewissenhaft ausgefüllte Statistik von einem mittleren Arbeiter, verheiratet, mit drei Kindern, liegt mir zur Hand, nach welcher derselbe im 3. Quartal 1906 95.65 Mk., im 4. Quartal 123.15 Mk. und bis 19. März im 1. Quartal 1907 65.85 Mk. verdiente. Dabei sind aber die Lebensmittel in derselben Höhe, wie in einer Großstadt. Zu der Lungenschwindsucht dürfte sich bei unsern Kollegen in dortiger Gegend bald auch „Hungertyphus" einstellen und den Kampf ums Dasein wesentlich verkürzen. —

Am 20. März fuhr ich über Passau nach Vilshofen, einem Ort, in welchem schon über 120 Kollegen unsrer Organisation angehörten. Dort tagte eine Besprechung, deren Resultat von obigen Verhältnissen sich wenig unterscheidet. Die seinerzeitigen Errungenschaften sind wieder gefallen und dürften die dortigen Kollegen wohl kaum noch Zweifel hegen, daß nur durch die Organisation etwas erreicht und behauptet werden kann. —

Von einer Ausschußsitzung in Metten, welche sich mit der Vorlage eines Tarifs befaßte, ging es per Bahn nach Ruhmannsfelden, woselbst am 24. März eine Versammlung tagte, die durch den flauen Besuch zu erkennen gab, daß die größte Mehrzahl der dortigen Kollegen unsrer Bewegung noch gleichgültig gegenübersteht.

Besser war die Versammlung in dem eine Stunde entlegenen Orte Patersdorf besucht, woselbst auch mehrere Aufnahmen erfolgten. —

Mit dieser Versammlung hatte die Tour ihr eigentliches Ende erreicht und mich überzeugt von der großen Arbeit, die mir in diesem neu zugeteilten Gebiet noch bevorsteht. Sollen hier andre Verhältnisse Platz greifen, so ist es unbedingt notwendig, daß jeder überzeugte Granitarbeiter des bayrischen Waldes Hand mit ans Werk legt, den Indifferentismus zu beseitigen und agitatorisch das Menschenmöglichste leistet. Nur durch eifrige, gemeinsame Arbeit kann hier die Lebenshaltung in etwas gehoben und menschenwürdige Zustände geschaffen werden. Sind in diesem Gebiet die gesetzlichen Schutzbestimmungen durch unsern Druck durchgeführt, so ist viel erreicht.

Deshalb auf, Granitarbeiter des bayrischen Waldes, zur Arbeit für Freiheit und Recht! J. M.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zur Reiseunterstützung. In Nr. 13 des Steinarbeiters wurde darauf hingewiesen, daß außer den auf den Reisekarten angeführten Zahlstellen auch Ottenhöfen Reiseunterstützung ausgezahlt, während auf der Reisekarte Kappelrodeck als Auszahlungsort angeführt ist; dieses hat schon öfters zu unliebsamen Auseinandersetzungen geführt. Die reisenden Kollegen mögen in Zukunft beachten, daß die Reiseunterstützung bloß beim Kassierer in Furschenbach, Wirt zum Rebstock, welches zwischen Kappelrodeck und Ottenhöfen liegt, ausbezahlt wird.

Vom 15. April ab wird auch in den Zahlstellen Münster i. W., Lahr und Radolfzell i. Baden je 2 Tage Reiseunterstützung ausgezahlt.

Vom obigen Tage ab wird in Konstanz nur 2 Tage Reiseunterstützung ausbezahlt.

*

In Nr. 10 des Steinarbeiters ist der **Kartellvertrag** mit dem **Zentralverein der Bildhauer** bekannt gegeben. Der § 7 des Vertrags erfährt nachstehende redaktionelle Aenderung: Entstehen Meinungsverschiedenheiten, ob auszuführende Arbeiten zwecks Beurteilung der in Frage kommenden Lohn- und Arbeits-, sowie der Organisationsverhältnisse als Bildhauer- oder Steinmetzarbeiten zu betrachten sind, so entscheidet eine von beiden Organisationen zu gleichen Teilen zusammengesetzte Kommission. Das Punktieren figürlicher Arbeiten hat jedoch unbedingt als Bildhauerarbeit zu gelten.

Korrespondenzen.

Bad Aibling. Die Kollegen des Marmorwerks Tegernsee, die nunmehr Mitglieder des Steinarbeiterverbands sind, senden auf die Notiz in Nr. 13 des Steinarbeiters folgende Darstellung: Italienische und kroatische Marmorarbeiter als Geduldslämmer hinzustellen, bewahrheitet sich nicht, denn dieselben lassen sich von ihrem Rechte ebensowenig nehmen, wie die deutschen, es scheint bei dem Artikelschreiber etwas anderes mitzuspielen. Sollten doch persönliche Sachen nicht dazu mißbraucht werden, um andre, unbeteiligte in Mißkredit zu bringen. Der Einsender hätte sich um die Agitation in Aibling betr. Verband besser kümmern sollen, als um die Nationalität seiner Kollegen, dann würde er auch wissen, daß die Direktion vom Marmorwerk Tegernsee gegen die Organisation nichts einzuwenden hat und es sich nur mehr unserseits darum handelt, die Zahlstelle Aibling zu gründen, das auch gewiß nicht versäumt wird. Am Sonntag, den 14. April, findet zu diesem Zwecke eine Versammlung statt. Referent: Link-München.

Hamburg I. Mitgliederversammlung am 4. April 1907. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder; Abrechnung; Maifeier; Verschiedenes. Aufgenommen wurden die Kollegen A. und R. Warnke, Märker, Tiele und E. Hintze. Der Kassierer verliest die Abrechnung vom ersten Quartal; dieselbe ist durch die Revisoren geprüft und für richtig befunden. Er gibt hierauf der Versammlung bekannt, daß unsre örtliche Krankenzuschußkasse im Laufe des Winters ziemlich in Anspruch genommen wurde und folgedessen die Mittel erschöpft seien. Ein Antrag, die erkrankten Kollegen bis zum Inkrafttreten der Zentralkrankenzuschußkasse aus der Lokalkasse zu unterstützen, wurde angenommen. Die Beitragsleistung gab Anlaß zu einer längeren Debatte. Es wurde den Altgesellen der verschiedenen Plätze zur Pflicht gemacht, die säumigen Beitragszahler öfter an ihre Pflicht zu erinnern. Die Versammlung beschloß einstimmig, den 1. Mai durch absolute Arbeitsruhe und Beteiligung am Festzuge zu feiern. Im Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten des Kollegen Radloff, der bei der Firma Schmidt als Marmorarbeiter beschäftigt ist, scharf kritisiert. Es wurde behauptet, der Kollege hätte bei obengenannter Firma Steinmetzarbeit verrichtet, obwohl dieselbe für Steinmetzen gesperrt ist. Da er in der Versammlung nicht anwesend war, soll Radloff zur Vorstandssitzung eingeladen werden, um über die Angelegenheit Auskunft zu geben. Unser Vorsitzender tadelt das unsolidarische Verhalten der Marmorarbeiter anläßlich der Verhängung der Sperre über Platz Schmidt. Als Lokalvorsitzender in Ohlsdorf wurde Kollege Ruhaas gewählt. Die nächste Versammlung soll in Ohlsdorf abgehalten werden. Zum Schluß wurden noch einige Kollegen gerügt, weil sie auf verschiedenen Plätzen um Arbeit anfragten und teilweise auch annahmen, obwohl sie noch in Arbeit standen.

Holenberg. Am 2. Osterfeiertag fand auf der Diele des Kollegen Müller eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Biewig-Hannover über Zweck und Nutzen der Organisation sprach. Redner beleuchtete die Verhältnisse im Bezirke, besonders das Abhängigkeitsverhältnis der kleinen Bruchpächter zum Großunternehmer und die dadurch bedingten niederen Löhne und Arbeitslosigkeit. Er forderte alle Kollegen auf, Hand anzulegen an die Verbesserung der Lage. Alle Steinarbeiter müssen einig sein, denn die Unternehmer hätten sich auch fest zusammengeschlossen. Es sei traurig, daß Kollegen, welche eine Lehrzeit durchgemacht, als Arbeiter in Fabriken und andern Betrieben arbeiten müßten, um nur leben zu können. Die Steinarbeiter des Holzmindener Kreises haben die Zeichen der Zeit nicht verstanden, sie haben die Löhne herunterdrücken lassen, so daß alle Arbeitsfreudigkeit, die doch gewissermaßen zur Ausführung besserer Stücke nötig sei, verschwunden sei. Das merkwürdigste ist, daß trotz der niedrigen Löhne, die arbeitslosen Perioden immer größer geworden seien. Das Argument der Unternehmer, „bei billigen Arbeitslöhnen sei immer Arbeit", sei hier durch die Tatsachen widerlegt. Das allmächtige Großkapital habe die kleineren Unternehmer vernichtet, es habe sie abhängig gemacht und vom freien Wettbewerbe bei großen und besseren Arbeiten ausgeschlossen. Die kleinen Bruchpächter gehörten eigentlich gar nicht in die Organisation der Arbeitgeber, denn sie sind, praktisch betrachtet, doch nur Arbeiter für den Großkapitalisten mit erhöhtem Risiko, aber es geht ihnen gerade wie den Kleinbauern, die unter der Fahne Bund der Landwirte nur die Geschäfte der Großgrundbesitzer besorgen helfen. Mancher kleine Bruchpächter sei schlechter dran, als der gewöhnliche Steinarbeiter. Solange aber die Erkenntnis ihrer Klassenlage bei Pächtern und Arbeitern nicht käme, könne von einer Gesundung der traurigen Lage keine Rede sein. Hier heißt es anfassen, zusammenschließen. Alle für einen und einer für alle. Nicht unüberlegt, nicht unvorbereitet, sondern in langem, zähem ununterbrochenem Ringen für die Verbesserung der Verhältnisse liege das Gelingen. Etliche Kollegen äußerten sich in der Diskussion im Sinne des Referenten. Dann schritt man zur Wahl der örtlichen Leitung und am Schlusse forderte der Vorsitzende, Kollege Müller, die Kollegen auf, treu zur Sache zu halten und die Indifferenten heranzuziehen. Wir erwarten im Interesse der Steinarbeiter des Holzmindener Kreises, daß sie alles in Bewegung setzen, damit alle Steinarbeiter dem Zentralverband als Mitglieder angehören.

Königsbrück. Am 6. April fand hier im Gasthaus zum Hirsch eine Mitgliederversammlung statt. Der Kassenbericht wurde vom Kassierer gegeben. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit. Die Kollegen hatten keine Monitas zu machen und der Kassierer wurde somit entlastet. Zur Neuwahl der Vorstandsmitglieder wurde als Vertrauensmann Friedrich Steininger mit Mehrheit wiedergewählt. Als Kassierer Hermann Ilschner-Gräfenhain, als Schriftführer Julius Klein, 2. Vorsitzender Julius Bischek und als Revisoren Engelbert Steinab und Max Weber gewählt. Die Wahl wurde auch von sämtlichen angenommen. Unter Verschiedenem wurde über die Stellungnahme zur Maifeier gesprochen und dabei der Beschluß gefaßt, daß die Kollegen an ihren Werkplätzen bei den Unternehmern vorstellig werden, ob sie den 1. Mai freigeben wollen, um dadurch schließlich Maßregelungen zu vermeiden. Weiter ging vom Kollegen Ilschner der Antrag ein, die Vorstandssitzungen etwas zu entschädigen; dem wurde einstimmig zugestimmt. Ein Antrag, die Mitgliedsbücher wieder im Besitz des Kassierers zu lassen, wurde abgelehnt. Weiter war noch ein Konto von 2 Mk. vom 2. Quartal vorigen Jahres rückständig, welches aus der örtlichen Kasse bezahlt werden soll. Ein Kollege klagte über verschiedene Mißstände bei der Firma Jenichen. Es ist ja auch kein Wunder, wenn Kollegen sich schließlich als Dreschflegel hergeben. Zum Schluß wurde für den Kollegen Lielhenberg eine Sammlung vorgenommen. Auch wurden die Kollegen daran erinnert, bei den nächsten Besprechungen etwas zahlreicher zu erscheinen.

Nürnberg. Am 6. April fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung umfaßte 5 Punkte: Quartalsabrechnung, Tariferläuterungen, Neuwahl des 1. Vorsitzenden, Bericht des Delegierten vom Kartell und Stellungnahme zur Maifeier und Wahl eines Mitglieds in die Schlichtungskommission. Die Quartalsabrechnung wurde vom Kassierer Kraus verlesen und von den Revisoren in vollständiger Ordnung befunden. Der Vorsitzende erläuterte nochmals den am 1. April 1907 für das hiesige Steinhauergewerbe abgeschlossenen Tarif, woran sich die Mitglieder mit einer regen Diskussion beteiligten. Für Kollegen Eduard Höhn, der sein Amt als 1. Vorsitzender aus Familiengründen niederlegte, wurde Kollege Böhnlein gewählt. Kollege Pfänder erstattete Bericht von der Sitzung der vereinigten Gewerkschaften; es wird der 1. Mai dieses Jahr wieder in gleicher Weise gefeiert wie das Vorjahr. Versammlungen finden nur vormittags statt, soweit es möglich ist, soll der 1. Mai unbedingt gefeiert werden. Als Schlichtungskommissionsmitglied wurde Kollege Scheuring, als Ersatzmann Kollege Pfänder gewählt.

Nimbach i. O. Am 7. April tagte in der Wirtschaft zum Stern unsre Quartalsversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907; 2. Vortrag des Gauleiters Kollegen Kraft aus Mannheim über Zweck und Nutzen der Organisation; 3. Gewerkschaftliches. Die Abrechnung wurde vom Kassierer Seidel vorgelesen und von den Revisoren für richtig befunden. Gauleiter Kollege Kraft führte in einem einstündigen Vortrag den Kollegen vor Augen, wie notwendig und nutzbringend unsre Organisation ist; er gab zahlreiche Beispiele an, wo unser Verband vorgegangen ist, was an manchen Orten für Resultate erzielt wurden, und daß viele derselben günstig für die Kollegen ausfielen. Auch legte er den noch nicht organisierten Kollegen ans Herz, sich dem Verbande anzuschließen in Bezugnahme der Umstände, die im Odenwald noch herrschen, daß hier nur die Einigkeit sämtlicher Kollegen zum Ziele führen kann. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es ließen sich darauf 13 Kollegen aufnehmen. Kollege Kraft ermahnte noch die Anwesenden, die Fach- und Parteipresse fleißig zu lesen und seine Ausführungen, sowie die Besprechungen und Beschlüsse, die in der Versammlung gehalten und gefaßt wurden, zu befolgen, dann wird auch unsre Zahlstelle zum Ziel gelangen. Als Platzkassierer für Albersbach wurde Kollege Jos. Edl und für Zotzenbach Kollege Konrad Schmidt bestimmt. Mit einem Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband schloß Kollege Seidel die gutbesuchte Versammlung.

Speier. Der Streik der Steinarbeiter scheint den daran beteiligten Meistern schwer im Magen zu liegen, indem sie sich alle erdenkliche Mühe geben, Streikbrecher aus dem Badischen und der Pfalz heranzuziehen. Selbst der Arbeitswillige Blühm mußte dazu beitragen, Kollegen herbeizulocken. Blühm spielt jetzt eine Hauptrolle. Er fühlt sich sehr geschmeichelt, in der Mitte seiner beiden Patrone zum Frühstück und Vesper gehen zu dürfen. Unsre früheren Nebenkollegen, jetzige Meister, scheinen ängstlich zu werden, da sie wiederholt ohne jede Veranlassung die Polizei in Anspruch nahmen. Diese beiden Herren haben vergessen, daß sie vor einigen Jahren noch an der Spitze der von ihnen jetzt unzufrieden Genannten gestanden haben (nämlich Lend als zweiter Vorsitzender und Müller als Schriftführer). Zu selbiger Zeit schon beantragten sie höhere Forderungen, als wir voriges Jahr laut Arbeitsvertrag vereinbart haben. Nicht wir Steinhauer sind es, die den Streik provoziert haben, wie es die Meister in der Oeffentlichkeit darstellen, sondern sie selbst haben den Arbeitsvertrag gekündigt und wollten uns den früheren sogenannten wilden Akkord wieder aufdrängen. Selbstverständlich mußten wir dieses mit Entschiedenheit zurückweisen, da es eine bedeutende Verschlechterung unsrer Lage wäre. Genannte waren früher die größten Gegner dieses Akkordsystems. Die ganze Angelegenheit wäre unterblieben, wenn Müller, Lend und der dritte im Bunde, H. Lauer, den bestehenden Arbeitsvertrag wie die andern hiesigen Meister nicht gekündigt hätten. Wir appellieren deshalb an das Solidaritätsgefühl unsrer Kollegen, uns nicht in den Rücken zu fallen und uns den aufgedrungenen Kampf nicht zu erschweren. Als weiterer Streikbrecher hat sich der Stemgauer Flicker von Helmshof bei Sinsheim (Baden) auf Veranlassung des Arbeitswilligen Philipp Blühm eingefunden. Die Stimmung der Beteiligten ist die denkbar beste und sehen wir dem Verlauf der Sache ruhig entgegen.

Würzburg. Bezirkskonferenz in Würzburg. Am 1. April tagte in Würzburg im Gasthaus zum Ochsen eine Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Gauleiters und der Delegierten über den Stand der Zahlstellen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse; 2. Organisation; 3. Agitation; 4. Verschiedenes. Anwesend waren 14 Delegierte. Als Vorsitzender wurde Stumpf-Heidingsfeld, als Schriftführer Kögler-Grünsfeld gewählt. Der Gauleiter bedauerte in seinem Bericht den Verlust mehrerer Zahlstellen, hauptsächlich im untern Mainsandsteingebiet. Dagegen gelang es ihm, einige Zahlstellen im bayrischen Wald zu gründen. Die Fluktuation im Verbandsdistrikt sei noch bedeutend. Die aus dem Mainsandsteingebiet kommenden Kollegen ohne Beitragsbücher müßten dementsprechend von den übrigen Mitgliedern eingeschätzt werden. Die Delegiertenberichte lauten sämtlich schlecht; hauptsächlich klagen die Delegierten der einzelnen Zahlstellen über Arbeitslosigkeit, die Folge davon miserable Löhne und schlechte Durchführung der Bundesratsverordnung. Daher werden alle reisenden Kollegen nochmals darauf aufmerksam gemacht, das Muschelkalkgebiet bis auf weiteres zu meiden, da noch viele verheiratete Kollegen arbeitslos herumlaufen. Beim Punkt Organisation erläuterte Gauleiter Mittenmeier die Buch- und Kassenführung. In anschaulicher Weise führte er den Delegierten auf einer Tafel die nötigen Beispiele vor Augen. Den oft leichtsinnig durchgeführten Revisionen widmete er längere Ausführungen. Beim Punkt Agitation ermahnte der Gauleiter die Kollegen an die Pflicht, agitatorisch mitzuwirken, Versammlungen auch in benachbarten Orten abzuhalten und Hausagitation zu treiben. Im Punkt Verschiedenes wurde zunächst die Maßnahme der Zahlstelle Kirchheim aufs eigendste kritisiert und die Mitglieder derselben als Arbeitsverkümmerer bezeichnet. Daselbst wurde eine Kommission wegen vorübergehenden Steinmangels beim Geschäftsführer dahin vorstellig, einen Teil der zuletzt eingetretenen Kollegen (zirka 15 Mann) zu entlassen, welchem Wunsche seitens des Arbeitgebers nachgekommen wurde. Und kaum acht Tage später arbeiten betreffende Kommission und ihre Auftraggeber zehn Stunden. Sodann wurde die Maifeierfrage erörtert. Die Delegierten wurden beauftragt, diesen Punkt in den nächsten Versammlungen auf die Tagesordnung zu setzen, um darüber zu beraten, ob und wie dieselbe stattfinden soll. Einer Anregung der Zahlstelle Günsfeld, daß sich arbeitsuchende Kollegen zuvor unbedingt bei der betreffenden Ortsverwaltung zu erkundigen haben und die sogenannten Bettelbriefe an die Geschäftsführer oder Firmen zu unterlassen sind, wurde zugestimmt. Ein Antrag von Heidingsfeld, die Abschaffung der Gausteuer auf die Tagesordnung der nächsten Gaukonferenz zu setzen, wurde ebenfalls angenommen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt, waren die Verhandlungen zu Ende.

Rundschau.

Ins Schwarze getroffen hat, wie es scheint, der Leitartikel in Nr. 13 des Steinarbeiter; denn einige Geschorene und Gescheitelte sind ganz außer Fasson gekommen. Es ist ja immer so, die Wahrheit ist oft eine bittere Pille. Vor uns liegen nun einige Wutausbrüche. Wir haben nun keineswegs die Absicht, uns mit diesen albernen Tiraden zu beschäftigen. Nur der Schlußsatz der einen sei hier angeführt: er lautet:

> Ich frage euch noch einmal: Was sagt ihr zu diesen Auslassungen eines hergelaufenen jüdischen Sachsenjünglings? Ein ehrlicher, christlicher, bayrischer Steinmetz wird mir sagen: „Pfui Teufel! Ein solches Blatt wird nicht mehr die Schwelle meines Hauses überschreiten."

Na, lassen wir jedem sein Vergnügen und schenken wir ihm den „jüdischen Sachsenjüngling". Die bayrischen Steinmetzen wissen schon, was ihnen frommt. Ueber die so erbärmliche Entlohnung der „ehrlichen, christlichen, bayrischen Steinmetzen hat man niemals ein „Pfui Teufel!" gehört. Ja, man hat alles aufgeboten, dem Vordringen der Organisation Einhalt zu tun. Jetzt, wo der alte Einfluß versagt, die Arbeiter zur Besinnung kommen, scheint die Hatz von neuem zu beginnen, und je weniger Erfolg damit, desto größer der Aerger. Die Steinarbeiter des bayrischen Waldes und auch anderwärts sind majorenn genug, um über ihre internen Angelegenheiten selbst zu urteilen und lassen jene Seite, ohne außer Fassung zu kommen, Gift und Galle von sich schleudern.

Ein Konfusionsrat. Der neue Streiter für die Steinarbeiter im christlichen Transportarbeiterverband, dem wir vor etlichen Wochen einige Zeilen in unserm Fachorgan widmeten, weil er in seinem Rotkoller allzu possierliche Seitensprünge ausführte, ist nunmehr wieder zu Atem gekommen. In der letzten Nummer der Gewerkschaftsstimme vom 4. April 1907 bringt er durch noch wirreres Zeug den Beweis, daß er mit zugebundenen Augen in der Weltgeschichte herumstapft. Bei seinem Eifer auf der Suche nach dem „Hintermann des Steinarbeiter", rennt er offene Türen ein und „widerlegt", was von unsrer Seite gar nicht behauptet ist. Auch der Ton ist es wieder, der das musikverständige Ohr unsrer Christlichen

wie schon so oft, verletzt. Diese fadenscheinigen Ausflüchte sind uns ja genügend bekannt; man kommt so am bequemsten um eine sachliche Widerlegung herum. Den Lesern der Gewerkschaftsstimme, die den Zusammenhang der Polemik gar nicht kennen, ist dann wieder einmal gezeigt, wie rabiat die Verbändler gegen die Christlichen vorgehen. Wenn „Dalvos" für seine Organisation Propaganda macht und den Steinarbeitern des Mainsandsteingebiets vordemonstriert, daß nur der christliche Transportarbeiterverband die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf ein höheres Niveau transportiert, so wird es ihm niemand verübeln, das ist sein gutes Recht. Doch, wenn er glaubt, dieses durch Anrempelungen des Steinarbeiterverbands bezw. seiner Mitglieder erreichen zu können, dann irrt sich der gute Mann. Wir werden ihn dann stets auf seinem Isolierschemel gehörig zurechtsetzen, unbekümmert um sein verworrenes Geschrei, das er dabei erhebt.

Bürgerliche Kraftanstrengung. Das Scharfmachertum des rheinisch-westfälischen Industriegebiets hat ein neues terroristisches Heldenstückchen verübt. Laut Beschluß der vorigen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes sollte die diesjährige Tagung in Bochum stattfinden. So beschlossen die Arbeiter — aber dunkle Mächte fügten es anders. Der Verbandsvorstand sieht sich genötigt, die Generalversammlung in Dortmund tagen zu lassen. Die Ursachen gibt der Vorstand seinen Mitgliedern in folgender Mitteilung bekannt:

„Wie unsre Kameraden aus der Aenderung des Tagungsortes unsrer Generalversammlung ersehen, ist es uns nicht möglich, unsre Generalversammlung in Bochum abzuhalten. Die Ursache dieser Nichterfüllung des Generalversammlungsbeschlusses liegt in der Abtreibung aller Versammlungslokale durch unsre Gegner und — durch sonstigen Druck auf die Wirte. Es ist geradezu ein Skandal, daß es in einer „Großstadt", wie Bochum, einer Arbeiterorganisation nicht möglich iist, ein Kongreßlokal zu bekommen. Wir haben kein Mittel unversucht gelassen, um es zu ermöglichen, unsre Generalversammlungsdelegierten am Sitze des Verbandes begrüßen zu können. Aber es hat nicht sollen sein. Nun gut, wir werden auch ohne Bochum tagen, welches sich dadurch aber kein Ruhmesblatt geschaffen hat."

Durch solche Bosheiten wird man der Arbeiterbewegung keinen Abbruch tun. Jeder, dessen „Oberstübchen" noch in Ordnung ist, wird über diese Heldentat nur mitleidig lächeln.

Die Aussperrung der Holzarbeiter, Schneider und Hafenarbeiter, über die wir bereits berichtet, hält immer noch an; neuerdings sind auch die Maler und Anstreicher in Rheinland-Westfalen, soweit sie organisiert, ausgesperrt. Die Unternehmer verlangten von den Arbeitern die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit an allen Streik- und Aussperrungsorten, sowie eine Verzichtleistung auf jede Lohnforderung bis zum 31. Dezember 1908. Wenn diesen Forderungen zugestimmt würde, wollten die Unternehmer 2 Pfg. Lohnerhöhung bewilligen und ab 31. Dezember 1908 mit den Organisationen (freie und christliche Organisation) Tarife abschließen! Die Arbeiter lehnten diese Vorschläge ab, worauf die Aussperrung beschlossen wurde.

Arbeiterrisiko. Am 29. März ereignete sich ein schwerer Unglücksfall im Steinbruch Supper im Dachswald bei Stuttgart. Der Kollege August Schöck, noch nicht 28 Jahre alt, verunglückte auf folgende Weise. Derselbe war mit Steinbossieren beschäftigt und mußte mit noch drei Kollegen einen etwa 50 Zentner schweren Stein mittels Krans auf den Wagen laden. Beim Ablassen des Steines waren aber nur noch zwei Kollegen auf dem Kran, wo das Ablassen doch viel schwerer ist als das Aufziehen — das Unglück war geschehen. Kollege Schöck wurde auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise in das Kammrad der Maschine geworfen, wobei ihm die linke Hand derart gequetscht und zerrissen wurde, daß sich noch am gleichen Abend eine Amputation notwendig machte. Schöck hat außerdem noch schwere Quetschwunden am Oberarm und der Schulter erlitten, da er vollständig auf die Maschine aufgewickelt wurde. Die Maschine mußte zuerst rückwärts getrieben werden, um den Verunglückten aus seiner lebensgefährlichen Lage befreien zu können. Der Verunglückte ist noch ledig; aber am Sonnabend, den 6. April, sollte seine Hochzeit stattfinden. Die Zahlstelle Stuttgart bedauert denselben und nimmt an dem Schmerz desselben teil. Wir ersuchen nun die Steinhauer allerorts, von diesem Unglücksfall Notiz zu nehmen, damit sie in Zukunft nicht auch einmal einem solchen Fall zum Opfer fallen.

Einigkeit macht stark. Der Sandsteinbruch ist überschwemmt, Kein Damm die Wassermassen hemmt, — Die Flut geht ihren eignen Weg, — Man sieht im Bruch nicht Weg noch Steg. — Was Menschenhand durch Fleiß geschafft, — Vernichtete des Wassers Macht. — Kollegen kommt! „Laßt uns nicht säumen, — 'nen kräft'gen Schluck und dann ans Räumen." — So spricht ein alter, wackrer Schröter, — Ein Teufelskerl, ein Schwerenöter. — Und frisch geht's an die Arbeit nun, — Dem Elemente Einhalt tun. — Da fassen viele Hände an, — Und jeder schafft, wie er nur kann. — Die Sonne brennt vom Himmel heiß — Und von der Stirne rinnt der Schweiß. — Doch weiter geht's, kein Arm erlahmt, — Schon ist ein neuer Weg gebahnt. — Die Wassermassen fließen ab — Und reißend geht's ins Tal hinab. — Die schwere Arbeit ist getan. — Kollegen kommt! spricht unser Mann. — Wir haben wieder hier gezeigt, — Was man durch Einigkeit erreicht. — Vereinte Kräfte schaffen viel, — Sie bringen sicher uns ans Ziel. — Werft ab die Lauheit kurzerhand — Und haltet fest stets am Verband.

Jenny Horn.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Dresden. Die Firma Wendler in Dresden sucht in Leipzig, Berlin und Bunzlau 30 bis 50 Steinmetzen nach Dresden zum Rathausbau. Es sind in Dresden genügend Arbeitskräfte vorhanden. Genannte Firma hat Dresdner Kollegen nicht eingestellt. Auch ist die Lohnbewegung für Dresden und das ganze Elbgebiet noch nicht beendet. Die auswärtigen Kollegen mögen dieses beachten und nicht auf diese Inserate hereinfallen.
Seidel, Vertrauensmann.

Springe. Ersuche die Vertrauensleute allerorten, mir die Adresse des Kollegen Joseph Engelhardt, geb. 12. 3. 1877 in Bilshausen (Verbandsbuch Nr. 34001), mitzuteilen wegen Zeugenaussage vor Gericht.
W. Steingrube, Kassierer, Friedrichstr. 30.

Stuttgart I. Die Ortsverwaltung, in deren Bereich sich der Kollege Christian Bürkle, geb. 25. 2. 1880 in Ottenhausen, Verbandsbuch Nr. 27488, befindet, wird ersucht, mir die Adresse mitzuteilen, betreffs Verbandsangelegenheit.
Franz Gloß, Kassierer, Schreiberstr. 21, II.

Adressen-Aenderungen.

Würzburg. Vors.: Michael Braunig, Gneisenaustr. 10, III
Halberstadt. Kass.: Otto Kersten, Gröperstraße 63.
Derdingen. Vors.: Wilhelm Weihermüller.
Löbau. Vors.: Wilhelm Locke, Karolastraße 2.
Kolmar. Vors.: Paul Unger, Karl-Grad-Str. 23, II.
[illegible] Kass.: Karl Brodmann, Dortmunder Str. 114.
Kaiserslautern. Kass.: Joseph Kettenbaum, Wormser Str. 8.
Wunsiedel. Kass.: Joh. Lieberwirth, Kemnater Str. 386.
Wetzlar. Vors.: Joh. Zielberg, Lahninsel 9. Kass.: Herm. Seibert, Gießen, Liebigstr. 35.
Mülhausen i. E. Kass.: Karl Köhmel, Bühler Str. 52.

Neue Zahlstellen.

Eschershausen (6. Gau). Vors.: Wilhelm Jasper. Kass.: Willy Müller.
Holenberg (6. Gau). Vors.: Wilhelm Müller. Kassierer: Christian Garbe.
Osterode (6. Gau). Vors.: Karl Bader, Marienvorstadt 459. Kass.: A. Wittenberg, Freiheit.
Ochsenburg, Amt Brackenheim (9. Gau). Vors.: Wilhelm Kantler. Kass.: August Mößner.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 25. bis mit 30. März 1907.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Schleswig, B. 5.—; Bochum, B. 5 65; Wildemann, B. 110.46, E. 1 50, K. 0.70; Oppach, B. 428 36, E. 2.—, K. 40.—; Offenburg, B. 46.20, K. 6.40; Neundorf, B. 840.—, E. 5.—; Konstanz, B. 117.60, K. 3.40; Kirchberg, B. 378.—; Hasserode, B. 920.—, K. 70.—; Berneck, B. 163.80, K. 2.20; Wenig-Rackwitz, Ins. 5.40, Herne, B. 6.50; Waldheim, B. 10.45; Bremen, B. 230.—; Alsenz, B. 50.14, M. 3.70, K. 24.30; Deutmannsdorf, B. 69.—, E. 0 25, K. 10.—, Eberbach, B. 49.02, E. 8.50, M 6.85, K 15.70; Frankfurt a. M., B. 460.—, E. 17.50; Hardheim, B. 29.28; Halberstadt, B. 46.—; Kelbra, E. 4.—, K. 20.—; Klingenmünster, B 42 —, E. 2.25, K. 0 60; Kleinheubach, K. 10.—; Kützberg, B. 26.60, K. 10.—; Langensalza, B. 75.90, E. 1.—, K. 12.70; Magdeburg, B. 184.—, M. 4.—, K. 10.—; Sacksch, B. 84.—, K. 10.—; Stettin, B. 69 —, K. 2.—; St. Johann, B. 125.12, E. 2.50, M. 1.95; Kirschhausen, K. 10.—; Kirchenlamitz, B. 152.—, E. 3.50, K. 6.90; Leipzig (M.), B. 2.80; Rothenburg Ob.-L., B. 3 95; Beckum, B. 3.—; Böttigheim, B. 1.30; Pilgramsreuth, Ins. 2.—; Aue, Ins. (B.) 28.60; Hamburg, Ins. 19.45; Recklinghausen, B. 11.10; Berlin II, B. 920.—, E. 25.—, K. 80.—; Kassel II, B. 32.20, E. 1.—, M. 1.—, K. 0.80; Dortmund, B. 268.50; Pirna, B. 460.—, E. 14.50, M. 5.—, K. 50.—; Posta, K. 100.—; Sulzfeld, B. 25.84, E. 11.—, K. 3.70; Striegau, B. 378.42; Zeitungs-Postamt Leipzig, 159.46; Wolgast, B. 115.—, M. 0.30; Wolfshagen, B. 126.—, K. 13.—; Zwickau, B. 25.90, K. 0,10; Seebach, B. 230.—, K. 10.—; Seußen, B. 462.—, E. 5.—, K. 10.—; Reistenhausen, B. 84.—, K. 10.—; Neusorg, B. 92.—, K. 10.—; Miltenberg, B. 41.16, K. 10.—; Löbau, B. 190.—; Lutter, B. 21.—, K. 20.—; Lütschenbach, B. 149.34, E. 1.50, K. 0.60; Herdecke, B. 46.—, E. 3.—, K. 1.—; Erfurt, B. 87.40, K. 2.60; Brück, B. 38.—, E. 5.—, K. 3.50; Leipzig I, B. 452.—, M. 0.75, K. 108.—; Schopfloch, B. 26.60, E. 1.—, K. 30 30; Oberbillinghausen, B. 19.—, M. 1.—, K. 15.—; Nebra, B. 66.40; Mainz, B. 92.—, K. 2.50; Langelsheim, B. 79.80, E. 0.50, K. 17.—; Horka, B. 57.—, M. 2.60, K. 10.05; Hamburg II, B. 230.—, K. 10.—; Krefeld, B. 115.—; Bayreuth, B. 151.20, Ab. 1.80, K. 5.20.

Eingegangene Gelder vom 1. bis mit 6. April.

Einbeck, B. 80.32, E. 2.50, M. 0.75, K. 2.70; Lauban, B. 92.—; Mülhausen i. Els., B. 134.32, E. 4.50, K. 11.80; Mühlhausen i. Th., B. 93.80, M. 0.30, K. 17.—; Osterwald, B. 168.—; Sebnitz, B. 123.06, E. 1.50, K. 3.—; Schwarzenbach, B. 460.—, K. 30.—; Straßburg, B. 460.—, K. 40.—; Zwickau, B. 6.90, K. 2.10; Hamburg I, K. 40.—, Extra-Unterstützung 86.—; Kandern, Ins. 4.80; Alt-Warthau II, B. 32.20, E. 9.—, K. 5.60; Fleißen, B. 5.05; Merseburg, B. 3.80; Lemgo, B. 3.90; Hildburghausen 2.— (?); Bracke, Ins. 3.60; Blankenburg, B. 92.—, M. 0.30, K. 7.50; Königsbrück, B. 136 08, E. 0 50, K. 10.10; Löbejün, B. 61.70, E. 2.—, K. 1.90; Nordendorf, B. 92.—, E. 2.50, M. 7.60, K. 0.80; Wunsiedel, B. 53.34, K. 10.—; Striegau, B. 799.68; Ulm, B 276.—, M. 0 30, K. 20.—; Reichenbach, B. 420.—; Dessau, B. 85.10, K. 0.10, D. 0.75; Düsseldorf I, B. 184.—. M. 2.50; Heide 7.25; Rostock, Ins. 2.10; Annaberg, B. 126.—, M. 0.30; Alsleben, B. 22.80, E. 9.25; Berlin I 920.—; Ochsenburg, B. 4.18, E. 5.50; Pirna, B. 230.—; Kaiserslautern, K. 30.—; Weinsberg, B. 63.—, K. 20.—.

Ludwig Geisl, Kassierer.

Briefkasten.

Düsseld. II. Bericht enthielt keinen Ortsstempel, keine Unterschrift. Abgelehnt! — **Gebweiler, F.** In der Fassung kann es nicht publiziert werden; schildert die örtlichen Verhältnisse in einer Korrespondenz. Dann kann es anschließend berücksichtigt werden. — **Ruhmannsfeld.** Beide Berichte erübrigen sich, weil an anderer Stelle darüber berichtet. — **Strehlen, B.** Eignet sich nicht für den Steinarbeiter. — **Augsburg, F.** Nr. 13 und 14 vergriffen. — **Posen, E.** Wenn der Kollege seine Mitgliedschaft aufrecht erhalten will, müssen mindestens die 10 Pfg. Beiträge geklebt werden, oder es wird verfahren nach dem Statut § 3, Absatz 5a, Absatz 6, 3. Zeile usw.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Steinarbeiter von Lübeck u. Umg.

Sonntag, den 14. April

Fahnenweihe

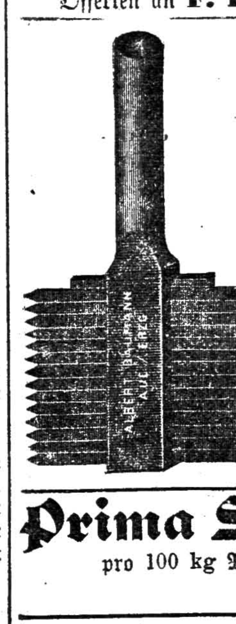
verbunden mit **Festrede** und **Ball**
im **Vereinshaus,** Johannisstr. 50/52.
Hierzu werden alle Kollegen freundlichst eingeladen.
Das Festkomitee.

Reutlingen, Württemberg.

In hiesiger 26000 Einwohner zählenden Kreishauptstadt ist wegen Todesfall ein seit 11 Jahren mit gutem Erfolg betriebenes

Granit- u. Syenit-Werk

mit **Kraftbetrieb** und mit **allen Vorräten** unter günstigen Zahlungsbedingungen zu veräußern.
Offerten an **F. Kurr,** K. öffentl. Notar.



Albert Baumann
Werkzeug-Fabrik
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Prima Stahl für härteste Granite
pro 100 kg Mk 62.—, empfiehlt unter Garantie
Ernst Fritzsche, Kiel.

Hobelbandstahl in vorzüglichster Qualität
Harte Steinhauerbleistifte
echt Rehbachsches Fabrikat
Steinhauerbesen mit und ohne Griff, aus bestem Material
empfiehlt zu billigsten Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

Spezialhaus für Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jacketts, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Ein tüchtiger Steinmetz
der auch Schrift hauen und zeichnen kann, sofort gesucht.
J. H. Kreker, Lübeck.

Steinmetzen, Steinschleifer und Pflastersteinbossierer

werden für **dauernde Arbeit** gesucht vom
Meissner Granitwerk, Oswald Köhler
Meissen (Sachsen).

Akkordlöhne für Steinmetzen:
Schwarzer Granit schleifrecht zu stocken, pro □Mtr. 18 M.
Rot. Meißner „ „ „ „ „ □Mtr. 15 M.
„ „ „ gestockt bleibend . . „ □Mtr. 8, 10, 12 M.
Akkordlöhne für Steinschleifer:
1 □Mtr. Fuge zu schleifen und polieren . . . . . . 14 M.
1 Meter laufendes Glied zu schleifen und polieren . . 2 M.
Akkordlöhne für Pflastersteinbossierer:
1 □Mtr. Reihensteine zu spalten und bossieren . . . . 2,50 M.
Handwerkszeug wird vom Geschäft gestellt; Schmiedeschärfe und Schleifmittel bestreitet der Arbeiter.

8—10 tüchtige Pflastersteinmacher
für **dauernde und lohnende Beschäftigung** (für Thüringen) sofort **gesucht.**
Adressen an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Mehrere tücht. Steinmetzen
auf schwarzen schwedischen Granit können sofort eintreten bei
Ferd. Popp, Granitwerk Eisenhammer
Steinwiesen b. Kronach (Oberfranken).

2 tüchtige Handschleifer
werden sofort **eingestellt.** (Sommer- und Winterarbeit.)
W. Lüders (Firma A. Schraepp)
Rostock in Mecklenburg.

Handschleifer
für dauernde Arbeit zu sofortigem Eintritt gesucht.
Granit- und Syenitwerke Frohmann u. Ko.
Reinheim (Hessen).

Kollege Eberle wo steckst Du? Dich sucht Dein Freund **B. Ackermann** in **Steinheim** (Westfalen).

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb **10 Tagen** nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Breslau I. Am 5. April starb unser Kollege, der Steinmetz **Karl Niebisch** im Alter von 30 Jahren 9 Mon. an der Berufskrankheit.
Dürkheim. Am 2. April starb unser Kollege **Jakob Hust** im Alter von 23 Jahren an der Berufskrankheit.
Neukirchen-Mehlingen. Am 27. März starb unser Kollege **Philipp Fischer** im Alter von 34 Jahren an der Berufskrankheit.
Riesa. Am 3. April starb unser Kollege **Josef Ronge** im Alter von 39 Jahren 6 Monaten an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter".

Nr. 15. Sonnabend, den 13. April 1907. 11. Jahrgang

Unsere Versammlungen und örtliche Verwaltung.

Viel Druckerschwärze ist im Steinarbeiter schon über dieses Thema verwendet, aber immer noch nicht genug, um seinen Zweck zu erfüllen. Versammlungswesen und örtliche Verwaltung ist etwas Zusammenhängendes, so daß schwerlich das eine behandelt werden kann, ohne das andre zu berühren. Die Versammlungen sind oder sollten das Haupterziehungsmittel in der Gewerkschaft mit sein. Hier soll die Entstehung, Entwicklung und Bedeutung unsres Verbandes den Mitgliedern vor Augen geführt werden. Hier sollen alle Fragen, die für die Entwicklung und Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und für den Steinarbeiterverband im besonderen, aufgerollt werden, einer sachlichen Kritik unterzogen und zum eventuellen Abschluß gebracht werden, je nachdem es die Sache erfordert. In den Versammlungen soll jedes Mitglied sich so ausbilden, daß es seiner inneren und eignen Ueberzeugung gerecht wird im vollsten Sinne des Worts. Hier sollen die Kollegen zum Gemeinsinn erzogen werden, damit sie nicht nur bestrebt sind, für ihre eigne Person zu kämpfen, sondern ihr Bestes einzusetzen zum Wohle der gesamten Berufskollegen. Um alles dieses zu erreichen, kommt die Geschicklichkeit der örtlichen Verwaltung bezw. des Vorsitzenden in erster Linie in Betracht. Da ist zunächst von großer Wichtigkeit das Arrangement der Versammlung, der Tagesordnung und der Vorberatung dieser von der örtlichen Verwaltung. Sehr oft kann man nun das Gegenteil beobachten. Das Resultat ist dann Ausdehnung der Debatte ins Uferlose, wenn sich nicht aus der Mitte der Versammlung jemand erbarmt und Schluß der Debatte beantragt. Oder es kommt vor, daß bei ganz wichtigen Angelegenheiten überhaupt keine Aussprache stattfindet, dieses ist meistens ebenfalls eine Folge der mangelhaften Vorberatung. Der Vorsitzende gibt den Punkt bekannt, fragt: wer wünscht das Wort, und lauert, ob nicht einer den Reigen eröffnet. Auch für die Mitglieder ist es ein beklemmendes Gefühl; sie sehen sich gegenseitig an, wie der Vorsitzende seine Kollegen im Bureau. Haben jedoch die örtlichen Verwaltungspersonen in einer Sitzung sich bereits eingehend mit den einzelnen Punkten der Tagesordnung befaßt, dann kann entweder der Versammlung etwas Bestimmtes unterbreitet und die Debatte dadurch wesentlich abgekürzt werden, oder wenn man schließlich in der örtlichen Verwaltung selber sich nicht recht klar ist und die Meinung der Versammlung einholt; dann ist aber der Vorstand in der Lage, die Diskussion zu eröffnen. Die einzelnen Vorstandspersonen haben, wenn sie ihre Aufgabe ernst nehmen, in dem Zeitraum zwischen Vorstandssitzung und Versammlung sich auf alle Fälle nähere Informationen verschafft. Eine solche Behandlung wird unbedingt auf die Besucher anregend wirken. Ein weiterer Uebelstand ist, daß die Verhandlungsgegenstände, also die Tagesordnung, in vielen Zahlstellen erst bei Eröffnung der Versammlung den Anwesenden zur Kenntnis gebracht wird. Mitunter sind es taktische Fragen, die dieses bedingen. Solche Fälle sind hier auch nicht gemeint. Es ist dieses eine Mißachtung der Mitglieder und muß vermieden werden. Denn auch die Mitglieder haben großes Interesse an einer sachlichen Diskussion, und um dieses zu fördern, muß die Tagesordnung einige Tage vorher bekannt gegeben werden. Letztere wird allgemein in der Vorstandssitzung aufgestellt und durchberaten; bei ganz wichtigen Angelegenheiten wird ein Referent notwendig sein. Die ordnungsgemäße Leitung, der Verlauf einer Versammlung hängt im wesentlichen vom Vorsitzenden ab. Er muß das Geschick haben, eine fruchtlose Debatte abzukürzen, und nicht, wie es so häufig zu beobachten ist, wenn die Rednerliste erschöpft, drei- oder viermal zu fragen, wer noch das Wort wünscht, bis sich dann noch einige finden, und die Redeschlacht beginnt von neuem. Der Vorsitzende soll ferner, wenn einige Geister aufeinanderplatzen, die nötige Ordnung mit Energie und Ruhe aufrechterhalten und sich selber aller persönlichen Anzapfungen in erster Linie enthalten. Es macht einen sehr schlechten Eindruck, wenn der Vorsitzende, auf die Glocke gestützt, dort steht wie ein geiferndes Weib. Seine Ausführungen sollen kurz und präzise sein. Dann wird jedes Mitglied der Zahlstelle den Vorsitzenden respektieren und ihn jederzeit als einen Berater schätzen. Dem Punkt Verschiedenes gebührt ebenfalls die größte Beachtung. Hier sind viele Kollegen in ihrem Element. Die Versammlung hat dann schon einige Zeit gedauert; verschiedene Töppchen sind ihren Weg gegangen und über ganz kleinliche Sachen, die ohne weiteres die Ortsverwaltung unter sich regeln könnte, wird eine Debatte geführt, deren Eifer einer besseren Sache würdig wäre. Hier ist es wieder der Vorsitzende, der an seinem Vorstandstisch sitzen muß, wie ein — man verzeihe den Ausdruck — Geschirrlenker oder Kutscher, der die Zügel straff hält und mit Umsicht lenkt. Ist nun bei der Vorstandswahl ein guter Griff gemacht, die örtliche Verwaltung arbeitet Hand in Hand, dann wird ohne Zweifel auch die Zahlstelle ein Schutz und Hort für die Mitglieder sein.

Welche Kollegen sollen nun in den Vorstand gewählt werden? Dieses ist eine Frage, von der sehr vieles abhängt. Da gilt es denn, im Kreise der Mitglieder Umschau zu halten und zu prüfen, welche Kollegen wohl zu den „Auszuerwählenden" zu zählen sind; denn Vorsicht ist auch hier, wie zu allen Dingen, nütze. Bedenken über persönliche Sympathie oder Antipathie sollten hierbei aber nicht in Betracht kommen, weil uns die Sache höher stehen soll als die Person. Ob uns dieser oder jener in der Versammlung bei der Beratung einmal — wie der allerdings nicht schöne, aber vielfach gebrauchte Ausdruck lautet — auf die Hühneraugen getreten, oder, wie er sich vielleicht nur einbildet, recht tüchtig „die Wahrheit gesagt" hat, so soll uns das, wenn es nicht in böser Absicht oder in bewußt verletzender Weise geschehen ist, in unsrer Entschließung nicht irremachen, denn wir sollen bedenken, daß, offen gesagt, infolge einer oft nicht allzu sorgfältigen Erziehung, an der wir nicht schuld sind, sondern die nun einmal in den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen ihre Ursache hat, in unsern Kreisen die konventionelle Redeweise nicht üblich ist, und jeder so spricht, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Dem aufmerksamen Beobachter wird es übrigens nicht entgangen sein, daß sich hierin im Vergleich zu früheren Zeiten vieles gebessert hat; wie denn überhaupt infolge der gewerkschaftlichen Schulung und erweiterten Bildungsmöglichkeit der Arbeiter heute im allgemeinen ein ganz andrer Mann ist, als in den ersten Jahren der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Doch das nur nebenbei. Auch der Neid, daß dieser oder jener für ein Amt in Betracht kommende Kollege, vielleicht infolge größerer beruflicher Geschicklichkeit und Befähigung oder sonstiger einwandfreier Umstände ein höheres Einkommen erreicht als wir, sollte in keiner Weise eine Rolle spielen und seiner Erwählung hinderlich werden können; das proletarische Bewußtsein wird er dadurch nicht verloren haben. Alle diese Momente kommen bei der Wahl für die Besetzung eines Amtes in der Gewerkschaft nicht in Betracht, sondern einzig und allein das einwandfreie gewerkschaftliche Verhalten und die Befähigung, denn dem Vorstande in seiner Gesamtheit liegen wichtige Aufgaben und Pflichten ob, weit mehr, als in schriftlichen Anleitungen irgendwelcher Art oder im Verbandsstatut ausgedrückt werden kann. Er hat mit Mut, Nachdruck und Entschlossenheit, immer mit Verständnis und mit Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse zu disponieren. Soweit die örtlichen Verhältnisse in Frage kommen, hat er alle Umstände in den Bereich seiner Betrachtungen und Entschließungen zu ziehen, die für diese von Einfluß sind oder werden können, z. B. die allgemeine wirtschaftliche sowohl, als auch die geschäftliche Lage zu beachten; die Zahl der unorganisierten Kollegen am Orte zu ermitteln; sich die nötige Kenntnis über das gewerkschaftliche Denken und Handeln in den einzelnen Betrieben zu verschaffen, was um so notwendiger ist, weil sich alle diese Dinge mehr oder weniger der Kenntnis des Hauptvorstands entziehen und dieser, allerdings unter Beobachtung der nötigen Vorsicht, der örtlichen Leitung vertrauen muß, und vieles mehr, das sich nicht schablonisieren, sondern nur aus den Umständen heraus beurteilen läßt. Es würde schließlich zu weit führen und ermüden, alle Obliegenheiten hier aufzuzählen, die ein Vorstand in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen hat; dafür halten wir es für besser, einiges über die Befähigung und Eigenschaften der einzelnen Mitglieder des Vorstands zu sagen:

Zum Vorsitzenden wählen wir denjenigen Kollegen, von dem wir wissen, daß er ein ruhiger, besonnener und rechtschaffener Mann, ein ehrlicher, gerader Charakter ist, dessen Handlungen nach allgemein bürgerlichen Moralbegriffen sowohl als auch in gewerkschaftlicher Hinsicht durchaus unanfechtbar sind; denn die Menschen haben für die Verfehlungen andrer mitunter ein sehr gutes Gedächtnis, namentlich, wenn sie sich als Splitterrichter berufen fühlen. Ferner empfiehlt es sich, als Vorsitzenden denjenigen unter uns zu wählen, der die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Organisation einigermaßen gut kennt. Was seine Befähigung anbelangt, so ist es unerläßlich, daß er etwas Rednergabe besitzt, damit er, aber nur dann, wenn die Notwendigkeit an ihn herantritt, sich seiner Aufgabe gewachsen zeige. Daß er auch der Mann sein muß, dritten gegenüber den Standpunkt der Organisation und die Interessen der Mitglieder zu vertreten, versteht sich von selber.

Zum Amt des Kassierers nehmen wir denjenigen Kollegen, der nicht nur als durchaus rechtschaffen bekannt, sondern auch in der Kunst des Rechnens gut bewandert ist und bei aller Kollegialität und gerade in ihrem Interesse Energie genug besitzt, lässige Zahler zwar freundlich, aber doch ganz energisch auf ihre Pflicht hinzuweisen. Hier gilt ganz besonders das Wort: Steuere den Anfängen! Durch unangebrachte Nachsicht gleitet mancher die schiefe Bahn des Restierens mit den Beiträgen hinab und geht dadurch der Organisation verloren. Ordnung im Kassenwesen ist für ihn die erste Bedingung, deren Erfüllung ihm die Arbeit wesentlich erleichtert und ihn in den Stand setzt, jederzeit den Revisionen ruhig entgegenzusehen.

Die Revisoren seien ältere, vertrauenswürdige, aber nicht vertrauensselige Mitglieder, die gewissenhaft ihres Amtes walten und sich darin nicht beirren lassen. Es kann wohl behauptet werden, daß durch Unfähigkeit, Nachlässigkeit und Vertrauensseligkeit in den meisten von den seltenen Fällen den Unrechtfertigkeiten von Kassierern Vorschub geleistet worden ist.

Zum Schriftführer wählen wir einen solchen Kollegen, von dem wir wissen, daß er gut schreiben kann. Aber wie ist es hiermit im allgemeinen bestellt? Von der Fehlerhaftigkeit ganz abgesehen, ist die „Handschrift" der Einsendungen oft so undeutlich, daß zu ihrer Enträtselung der größte Scharfsinn aufzuwenden ist. Viele, die zum Schriftführer bestimmt, können in ihren Berichten das Wesentliche vom Unwesentlichen nicht unterscheiden. Man sieht es ihrer Arbeit an, daß sie entweder in der Eile oder oft ohne jede Denktätigkeit geleistet worden ist. Es wird oft gar nicht beachtet, daß so vieles in den Versammlungsberichten nur ein lokales Interesse hat, für die Mitglieder an andern Orten aber ganz wertlos ist, und, wenn überhaupt registriert, besser in das Protokollbuch gehört. Im übrigen ist es aber zu empfehlen, sich bei der Abfassung von Versammlungsberichten der möglichsten Kürze zu befleißigen, statt dessen aber Mitteilungen über Dinge zu bringen, die ein allgemeines Interesse haben.

Ein weiterer Uebelstand ist, daß einige Schriftführer bei einem Referat vermeinen, dieses ausführlich wiedergeben zu müssen. Dieses ist ausgeschlossen; denn auf einem Bogen Papier kann unmöglich eine Ausführung von einer Stunde und noch länger zusammengestellt werden. Es wird ein Zerrbild. Und meistens sind es konfuse Sätze, die keinen Zusammenhang haben. Dem Redakteur kommen bei solchen Berichten die Haare zu Berge und manche Stunde wird damit vergeudet, solche Berichte einzurenken. Dieses sollen unsre Schriftführer beherzigen und ihre weitere Berichterstattung danach einrichten. Was die technische Seite der Sache anbelangt, so können wir das nur wiederholen, was schon so oft den Herren Schriftführern angeraten worden ist, nämlich: ihr nicht allzu breites Papier recht deutlich mit Tinte und nur auf einer Seite zu beschreiben, zwischen den Zeilen und an der linken Seite des Papiers für die oftmals notwendig vorzunehmenden Korrekturen einen genügend großen Raum frei zu lassen.

Ist es den Mitgliedern gelungen, solch tüchtige Sachverwalter zur Führung der Geschäfte zu finden, so wird der Vorteil sich in Versammlungen, im ganzen Zusammenwirken, und nicht zu guter Letzt, zur Wahrnehmung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Interessen gar bald zeigen. Dann wird auch die gesamte Ortsverwaltung sich von einzelnen Kollegen ihre Arbeit nicht verekeln lassen. Hier sind die Quälgeister gemeint, die es in jeder Organisation gibt und die ihre Hauptaufgabe darin sehen, alles, was geschieht, zu bekritteln, alles in Mißkredit zu bringen. Wer von den Ortsverwaltungen hätte noch nicht solche Kollegen angetroffen, die einem alle Tätigkeit verekeln?

In seiner Geschichte der redlichen Pioniere von Rochdale schreibt Holpake:

„In den meisten Arbeitervereinen und auch in Vereinen andrer Gesellschaftsklassen findet sich eine Anzahl sonderbarer Menschen, die unter einem ungünstigen Gestirn geboren zu sein scheinen, welche Feindschaft, Mißtrauen und Uneinigkeit gleichsam ausatmen, deren Stimme stets Streit verkündet . . . . Ihr Sprachorgan ist krähend und kein melodischer Klang wird jemals ihren Lippen entströmen, ihr angeborener Grundton ist ein moralisches Gequake.

Niemals sind sie herzlich, niemals befriedigt. Ihre unruhigen Bewegungen zeigen „Meinungsverschiedenheit", das Spiel ihrer Gesichtsmuskeln stellt „einen Antrag" in Aussicht und ihre gerunzelten Augenbrauen künden „ein ganz neues Prinzip" an. Man möchte sie eine Art gesellschaftlicher Stachelschweine nennen, deren Stacheln sich ewig sträuben. Ihr Blick ist verquert, sie sehen alle Dinge verkehrt an, sie stecken alle Dinge gleichsam ins Wasser, wo dann auch das Geradeste krumm erscheint. Sie wissen, daß man jedes Wort verschieden deuten kann und sie fassen eure Worte immer gerade so auf, wie ihr sie nicht meint. Sie wissen, daß kein Plan, kein Entwurf so vollkommen sein kann, daß er alles berücksichtigt, und sie klammern sich stets an das, was darin vergessen ist, tun immer so, als ob sie wüßten, was er beabsichtigt. Sie treten einem Verein bei, scheinbar, um mitzuarbeiten an dem gemeinsamen Werke, in der Tat aber nur, um zu kritisieren, ohne zu versuchen, das besser zu machen, worüber sie sich aufhalten."

Mit solchen Mitgliedern fertig zu werden, ihren Einfluß zu beschränken und im Verbande oder Zahlstelle unschädlich zu machen, ist auch eine Kunst, die erlernt sein will. Wer sich bewußt ist, seine Pflicht nach bestem Können getan zu haben, braust leicht auf, wenn er von vorstehend gekennzeichneten Personen angeödet wird. Dadurch wird die Sache aber nicht besser. Deshalb müssen nur solche Kollegen zu Posten herangezogen werden, die das Geschick und auch den festen Willen haben, nicht nur die Zahlstelle zusammenzuhalten, sondern die nach innen und außen mit der nötigen Würde, Energie und Festigkeit auftreten.

Gaukonferenz des 7. Gaues.

(Vorort Köln).

Am 1. und 2. Osterfeiertag fand in Elberfeld im Lokale des Herrn Albert Sauerzopf die diesjährige Gaukonferenz statt. Vertreten waren die Zahlstellen Beeke, Brück, Dortmund, Duisburg, Dümmlinghausen, Düsseldorf I und II, Elberfeld, Essen, Frömmersbach, Hamm, Herdecke, Kirn, Köln I und II, Krefeld, Mülheim a. d. Ruhr, Münster, Sprockhövel, Trier und Wetzlar durch 26 Delegierte.

Die Sitzung wurde mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Bericht des Gauleiters. Rückblick auf die Lohnbewegungen und Sperren. 2. Wie ist eine bessere Durchführung der Bundesratsverordnung im Gau zu ermöglichen? 3. Der Ausbau der Zahlstellen und wie kann der Versammlungsbesuch besser gestaltet werden? 4. Kassenbericht über die Gausteuer und Verwendung derselben. 5. Beratung von Anträgen, welche durch obige Tagesordnung nicht erledigt sind.

Ins Bureau wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Karl Werner-Elberfeld, 2. Vorsitzender: August Huster-Dortmund, Schriftführer: Joseph Link-Köln I, Rednerlistenführer: Heinrich Busch-Düsseldorf II.

Zum 1. Punkt führte Gauleiter Adolf Herrmann ungefähr folgendes aus: Bei seinem Antritt habe er den Gau in einer traurigen und mißlichen Verfassung angetroffen. Die Agitation sei sogleich auf große Schwierigkeiten gestoßen, weil die Christlichen hier schon 6—8 Jahre früher eingesetzt hatten und somit schon vieles für ihre Organisation gewonnen hatten. Da habe es denn gegolten, zuerst den inneren Ausbau der Zahlstellen vorzunehmen. Durch die Einführung des Hilfskassiererfystems sei ein geregeltes Kassenwesen geschaffen worden, welches ja die Grundlage der Zahlstelle ist. Alsdann habe er mit der Distriktsagitation eingesetzt. Es wurden so in den einzelnen Gebieten, im Ruhrsandsteingebiet, im Westerwald und in der Eifel Agitationskommissionen eingesetzt, durch welche er tatkräftig unterstützt wurde. So sei es ihm trotz der Schwierigkeiten doch gelungen, seit dem Antritt 16 neue Zahlstellen mit insgesamt 504 Mitgliedern zu gründen. Um den reisenden Kollegen sowie auch den in den Zahlstellen ansässigen einen bestimmten Anhaltspunkt beim Arbeitsuchen zu geben, habe er einen Facharbeitsnachweis ins Auge gefaßt. Wenn auch die Versuche in Köln und Dortmund nicht solche Resultate ergeben hätten, wie erwünscht, so ist aber doch der Anfang gemacht und werde derselbe bald Anklang finden und einen weiteren Ausbau

ermöglichen. Des weiteren führte Berichterstatter aus, daß seit 1. Juni in sieben Zahlstellen Tarifabschlüsse stattgefunden hätten, und zwar in dreien ohne, und in vier Zahlstellen mit kurzem Streik. Die Kosten der Streiks betrugen: Zentrale 158.15 Mk., Ortskassen 331.20 Mk. Bezüglich der Sperren ermahnte er die Delegierten, mitzuwirken und die Vorstände darauf aufmerksam zu machen, daß Sperren in Zukunft erst sorgfältig erwogen, bevor sie verhängt werden.

In der darauffolgenden Diskussion wurde allgemein darauf hingewiesen, daß der Gau allzu groß sei, was die Arbeit des Gauleiters trotz ihrer Intensität erschwere, so daß es fast unmöglich sei, allen Anforderungen, die seitens der Zahlstellen an den Gauleiter gestellt würden, gerecht zu werden. Es wurde dazu seitens der Zahlstelle Essen folgender Antrag eingebracht: Die Gaukonferenz möge beschließen und sich eingehend mit der Anstellung eines Lokalbeamten beschäftigen. Dieser Antrag wurde zurückgestellt bis zur nächsten Gaukonferenz.

Kollege Huster-Dortmund legte klar, wie es in den westfälischen Bruchgebieten schwer sei, die Kollegen zu gewinnen, da fast alle Italiener seien und es daher nicht möglich sei, sich immer klar mit denselben zu verständigen. Da nun nicht allzuoft italienische Referate gehalten werden könnten, so seien Flugblätter zu beschaffen in italienischer Sprache zwecks Aufklärung der betreffenden Kollegen.

Das gleiche beantragen die Zahlstellen Kirn und Münster zwecks Feststellung und Abänderung der Mißstände in ihren Gebieten. Der Antrag von Kirn lautet: „Es soll von der Gauleitung oder vom Zentralvorstand für die in den Kirner Steinbrüchen beschäftigten Kollegen ein Flugblatt ausgearbeitet werden, in dem die in den Kirner Brüchen bestehenden Mißstände geschildert werden und eine Einladung zu einer öffentlichen Versammlung enthält." Der Antrag wurde angenommen.

Seitens der Zahlstelle Köln I wird darauf hingewiesen, daß, wie Westfalen von italienischen Kollegen, so das Rheinland von belgischen durchsetzt sei und es von nöten sei, auch diese für unsre Sache zu gewinnen. Um dies leichter zu ermöglichen, wird beantragt, das Fachorgan in französischer Sprache herzustellen. Dies erklärt Gauleiter Herrmann nach Rücksprache mit dem Zentralvorstand für nicht durchführbar. Damit aber doch etwas geschehe, um die schon gewonnenen belgischen Kollegen zu halten, wurde folgende Resolution angenommen: „Die Gaukonferenz beschließt wegen der weiteren Agitation unter den belgischen Kollegen folgendes: Der Gauleiter wird beauftragt, mit der Zentrale und der belgischen Organisation in Verbindung zu treten, inwieweit es möglich ist, in einem dortigen Fachblatt auch den belgischen Kollegen in französischer Sprache über die deutschen Verhältnisse Aufklärung zu bringen."

Kollege Dunkel-Köln I bemängelte den Duisburger Tarif, weil in der Lohnfestsetzung für minderwertige und invalide Kollegen es den Meistern ganz nach Belieben überlassen bleibt, was sie an Lohn zahlen. Es sei hier den Meistern in der Lohnzahlung zu großer Spielraum gewährt. Müsse doch der schwächere Kollege ebensogut seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Was dieser Minderwertige an Arbeit weniger leistet, werde durch stärkere Kräfte ersetzt.

Kollege Brahm-Duisburg sucht das Verhalten des Gauleiters während der Tarifverhandlungen zu kritisieren. Er glaubte, als Vorsitzender von den Verhandlungen ohne Grund ausgeschaltet worden zu sein. Gauleiter Herrmann führte die Gründe dazu an und überzeugte die Konferenz von der Korrektheit seines Handelns.

Ein Antrag der Zahlstelle Essen: „Wir ersuchen den Gauleiter, seine gedachte Agitation im Laufe dieses Jahres auf der Gaukonferenz klarzulegen und wie er dieselbe in Brüchen zu gestalten gedenkt, da schon seit vielen Jahren das Schwergewicht der Agitation auf die Brüche zu verlegen ist und weil die Bruchgebiete den Großstädten durch ihre billige Produktion bei Lohnbewegungen hindernd in den Weg treten", wurde durch die vorherige Debatte für erledigt erklärt.

Es folgte ein Antrag der Zahlstelle Dortmund, der Einführung des Arbeitsnachweises näherzutreten und den reisenden Kollegen das Zusprechen solange zu untersagen, bis dieselben sich beim Lokalvorstand informiert haben. Der Antrag wurde angenommen. Damit war die 1. Tagesarbeit erledigt.

Am 2. Osterfeiertag wurden die Verhandlungen um 9 Uhr morgens fortgesetzt. Ueber den 2. Punkt gibt der Gauleiter das einleitende Referat. Die Ausführungen gipfelten darin, daß die Innehaltung der Bundesratsverordnung das Schmerzenskind der Steinarbeiter sei und wenn auch die Unternehmer alles daransetzten, dieselbe zu umgehen, so liege doch ein großer Teil der schlechten Durchführung an den Kollegen selbst, indem sie sich einschüchtern ließen, anderenteils aber auch ein großes Phlegma gegenüber derselben an den Tag legten. Wenn die Innehaltung in den Sandsteinbrüchen und Betrieben viel zu wünschen übrig lasse, so sei doch dieselbe in Kalk- und Pflastersteinbrüchen eine gar zu schlechte. So suchten die Unternehmer die 10stündige Arbeitszeit für diese Brüche dadurch zu umgehen, daß sie die Arbeit als Akkordarbeit hinstellten. Er habe aber diesbezüglich Maßnahmen getroffen und sich mit den betreffenden Gewerbeinspektionen in Verbindung gesetzt. Redner verliest mehrere an dieselben abgesandte sowie eingegangene Schreiben und verspricht Remedur in dieser Sache. Der Versuch, in Luxemburg ebenfalls diesbezüglich Unterhandlungen anzubahnen, sei ohne Erfolg gewesen. Um nun eine bessere Durchführung und Innehaltung der Bundesratsverordnung durchzusetzen, wird seitens der Gauleitung folgender Antrag eingebracht: „Um eine Durchführung der Bundesratsverordnung im Gau zu ermöglichen, sind von dem Gauleiter allmonatlich an die einzelnen Zahlstellen Fragebogen auszugeben. Die Vorsitzenden der einzelnen Zahlstellen haben die Pflicht, dieselben sorgfältig ausgefüllt an den Gauleiter wieder einzusenden. Aus den einzelnen Fragebogen sind nun die Mißstände zusammenzustellen und das Ergebnis zwecks Abstellung der Mißstände bei den zuständigen Gewerbeinspektionen zu verlangen." — Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

In der nun folgenden Diskussion wurden seitens der einzelnen Zahlstellen die Mißstände in ihren Gebieten nochmals grell beleuchtet und wahrhaft miserable Zustände vorgebracht. So mutet man den Arbeitern in Pflastersteinbrüchen zu, das Trinkwasser Behältern zu entnehmen, die auch zum Härten des Werkzeugs verwandt worden sind. Ferner wurde scharf getadelt, daß, obschon die Bundesratsverordnung Werkbuden und Schutzdächer vorschreibe, man doch noch gehalten sei, sich diese selbst zu beschaffen, was einen Kostenpunkt für die betreffenden Kollegen von 10—12 Mk. alljährlich ausmache. Wie es mit Schutzvorrichtungen und -Bestimmungen in den Bruchgebieten aussieht, davon wurde ebenfalls ein trauriges Bild entrollt. So ist es vorgekommen, daß bei einem Unglücksfall, dem drei Menschen zum Opfer fielen, dieselben vier Stunden ohne jegliche Hilfe liegen blieben. Es war nichts vorhanden für einen Notverband oder zum Forttransportieren.

Werner-Elberfeld wies darauf hin, daß auch hier die zuständigen Behörden von den Kollegen selbst besser und genauer informiert werden müßten.

Nachdem nun noch die Marmorbetriebe in Trier sowie die von Dickerhoff u. Neumann in Wetzlar einer gar scharfen Kritik unterzogen worden waren, ging man zum 3. Punkt der Tagesordnung über. Der Gauleiter befürwortete zunächst die Verlegung der Versammlungen, wo angängig, auf Wochentage. Es komme jetzt des öfteren vor, daß er Sonntags auf 3—4, oft noch mehr Stellen verlangt wird. Dem könne er nicht entsprechen und sei es deshalb für die in Frage kommenden Zahlstellen von Nutzen, insoweit sie ihn zu Referaten wünschten, die Versammlungen auf Wochentage zu verlegen. Es wäre so möglich, dem Verlangen mehr Rechnung zu tragen. Alsdann sei es vorteilhaft, die Tagesordnung von Versammlungen seitens des Vorstands einige Tage vorher zu fassen und zu besprechen, was dazu beitragen würde, die Materie besser zu beherrschen und die Diskussion interessanter zu gestalten. Ein Hauptaugenmerk sei auch auf die Statistiken zu richten, die doch gerade für unsern Beruf so sehr von Nutzen seien als treffliche Belege und schlagende Beweise für unser gesundheitsschädliches Handwerk, indem durch dieselben nachgewiesen wird, wie früh schon der Tod unsre Reihen lichtet, wie Krankheit und Arbeitslosigkeit unsre ständigen Gefährten seien und wie es mit unserm Einkommen steht.

In der Debatte wird nun angeregt, daß die Zentrale mehr eingreifen müsse zur Bessergestaltung der Versammlungen, indem dieselbe Broschüren und Schriften anfertigen lasse. Aehnlich so wie die Maurer und Zimmerer, die hierin Bedeutendes leisten zur Aufklärung innerhalb ihres Verbands. Auch müsse seitens der Lokalvorstände mehr auf die Parteipresse und das Fachorgan hingewiesen werden, die ihnen einen Einblick in ihre politische und wirtschaftliche Lage gewährten. Nur dann könnten die Kollegen zu kampferprobten Mitgliedern herangebildet werden, wenn sie sich der politischen Organisation ebenfalls anschlössen und den bürgerlichen Vereinen Valet sagten. Um den Versammlungsbesuch besser zu gestalten, wurde beschlossen, die Versammlung am Kopfende des Fachorgans innerhalb der Zahlstellen durch Abstempelung bekannt zu geben, oder durch Laufzettel.

Seitens Köln I wurde der Wunsch gehegt, die säumigen Versammlungsbesucher von der Zentrale aus in ihren Ansprüchen auf die Unterstützungseinrichtungen zu beschränken und solle dieses den nächsten Verbandstag beschäftigen.

Um die Kollegen mit der Geschäftsordnungsregel bekannt zu machen, wird ein von der Zahlstelle Düsseldorf I eingebrachter Antrag angenommen, der die Gauleitung beauftragt, ein Geschäftsordnungsblatt zu beschaffen, welches jedem organisierten Kollegen eingehändigt wird.

Die Abrechnung der Gaubeiträge vom 1. April bis 31. Dezember 1906 ergab folgendes:

Die Einnahmen betrugen im II. Quartal 1906	57.88	Mk.
„ „ „ „ III. „ „	76.28	„
„ „ „ „ IV. „ „	73.13	„
Summa:	207.29	Mk.
Die Ausgaben insgesamt	74 87	„
Bleibt Kassenbestand:	132.42	Mk.

Die Kasse war revidiert und für richtig befunden von den Revisoren.

Die Verwendung der Gelder fand allgemeine Gutheißung und wurde beschlossen, aus der Gaukasse die Delegationskosten der jungen, finanziell schlecht gestellten Zahlstellen teilweise zu decken. Auf diese Weise wird solchen Zahlstellen die Möglichkeit gegeben, die Gaukonferenzen zu besuchen.

Ein Antrag Köln I: „Die Gausteuer beträgt pro verkaufte B-Marke 1 Pfg. und ist pünktlich bei Quartalsschluß an den Gauleiter abzuführen; neugegründete Zahlstellen sind im ersten Halbjahre ihrer Gründung von der Gausteuer befreit; von der Gausteuer sind Broschüren zu beschaffen und in den Bruchdistrikten und Zahlstellen zur Verteilung zu bringen", wird angenommen.

Zu Punkt 5 beantragen die Zahlstellen Trier, Münster und Essen, daß die Zentrale in ihren Orten Reiseunterstützung einführen möge, insbesondere für Trier sei es nötig, als einziger Ort in dem großen Eifelgebiet. Es wurde allseitig gehofft, daß der Vorstand diesem nachkomme.

Ferner lag eine Anregung Mayens vor, die Kollegen in der Lokalvereinigung zu unterstützen, wie sie ja auch eine Unterstützung den zentralorganisierten Kollegen zukommen ließen. Nachdem nun diese Angelegenheit des längeren debattiert und man dieselbe mit ihren Begleiterscheinungen reiflich erwogen hatte, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Gaukonferenz beschließt nach eingehender Besprechung über den Antrag der Lokalvereinigung der Steinarbeiter zu Mayen, betreffend Auszahlung von Reiseunterstützung an die Kollegen, die in der Vereinigung organisiert sind, folgendes: 1. In der Erwägung, daß die Steinarbeitervereinigung zu Mayen den im Deutschen Steinarbeiterverband organisierten Kollegen eine Reiseunterstützung zuteil werden läßt, beschließt die Konferenz, den einzelnen Zahlstellen zu empfehlen, ein Platzgeschenk den durchreisenden Kollegen, die ein Jahr der Vereinigung angehören, zu gewähren. 2. Die Mayener Kollegen haben sich, sobald sie in einer Zahlstelle des Deutschen Steinarbeiterverbands in Arbeit treten, dem Deutschen Steinarbeiterverband anzuschließen."

(Derartige Beschlüsse gehen doch wohl über die Kompetenz einer Gaukonferenz hinaus. D. Red.)

Es wurde im Laufe der Debatte angeregt, die ferneren Tarife einheitlich zu gestalten, besonders da, wo im nächsten Jahre Tarife ablaufen, auf einen Einheitstarif Bedacht zu nehmen. Die in Betracht kommenden Zahlstellen haben diesbezüglich nach Kündigung derselben sich sofort miteinander in Verbindung zu setzen und zusammenzutreten, zwecks Aufstellung des neuen Tarifs.

Hierauf gab der Gauleiter seinen Bericht (?) von der Gauleiterkonferenz (?), wobei er die Anweisung für die Gauleiter seitens der Zentrale und die Tätigkeit innerhalb ihrer Gaue (?) kundgab. Desgleichen wurde die Angelegenheit des Kölner Doms besprochen, wo noch keine Aenderung in der Situation eingetreten sei. Seitens der Zentrale ist ihm bewilligt, nach seinem Ermessen daselbst zu handeln. (?)

Alsdann wurde lebhaft befürwortet, den 1. Mai als Arbeiterfeiertag überall, wo eben angängig, zu feiern und an die Meister heranzutreten wegen Freigabe des 1. Mai.

Laut Antrag und Beschluß findet die nächste Gaukonferenz in Düsseldorf statt.

Im Schlußwort dankte Gauleiter Herrmann den einzelnen Delegierten für ihre tatkräftige Unterstützung in der Agitation in den einzelnen Gebieten. Wenn man so weiter Hand in Hand arbeite, so würden weitere Fortschritte zu verzeichnen sein, wozu die sachlichen Verhandlungen der Gaukonferenz ihm die beste Gewähr gegeben hätten. Und daß mit regem Eifer gearbeitet worden, das zeige die Rednerliste, die 132 Wortmeldungen der Delegierten verzeichne. Als Anmerkung gab er den Delegierten noch mit auf den Weg, innerhalb ihrer Zahlstellen für pünktliche Quartalsabrechnungen Sorge zu tragen, auf daß bis 15. d. Ms. alles im reinen sei und der 7. Gau in Zukunft keine Restanten mehr habe. Alsdann richtete er an die Delegierten der älteren Zahlstellen die Bitte, ihm Material zu sammeln und einzusenden, zwecks Schaffung einer Chronik der Zahlstellen. Diese solle enthalten den Werdegang der Zahlstelle, von der Fachvereinszeit bis auf weiteres.

Der Vorsitzende, Werner-Elberfeld, richtete noch eine kurze Ansprache an die Versammelten und schloß darauf die Gaukonferenz.

Joseph Link.

Gerichtliches.

Das Tragen von eigenem Werkzeug auf dem Wege zur Arbeit liegt nicht im Interesse des Betriebes, sondern im persönlichen Interesse des Arbeiters.

In der Unfallversicherungssache des Steinbossierers Andreas Sch. in R. wider die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft hatte das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente verurteilt mit folgender Begründung: „Der Kläger, der auf dem Wege zur Arbeit gefallen ist, trug nach glaubhafter Versicherung im Zeitpunkt des Unfalls neben einem Gefäß mit Essen auch Steinhauerwerkzeug. Wenn nun auch hierin nicht die eigentliche Ursache des Unfalls erblickt werden will, so muß das Tragen dieses Betriebswerkzeugs doch für die schlimmen Wirkungen des Falles verantwortlich gemacht werden, da hierdurch die Bewegungsfreiheit des Verletzten wesentlich eingeschränkt worden ist. Würde derselbe seine Hände frei gehabt haben, so wäre es ihm vielleicht gelungen, die Gewalt des Falles wesentlich abzuschwächen, und so die Folgen desselben, wenn nicht völlig zu verhüten, so doch zu mildern. Eine weitere Beziehung zwischen dem Unfall und dem Betriebe liegt darin, daß der Kläger, und zwar im Interesse des Betriebes, den Weg noch vor Tagesanbruch zurücklegen mußte. Dieser Umstand bildete für ihn eine dem Betriebe und nicht dem gemeinen Leben zuzurechnende Gefahr. Dieser Gefahr ist der Kläger unterlegen. Er, der mit Werkzeug belastet war, kam in der herrschenden Dunkelheit auf dem hart gefrorenen Boden, einem primitiven Feldwege, zu Fall."

Gegen das Schiedsgerichtsurteil hatte die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft Rekurs eingelegt. Das Reichsversicherungsamt, 16. Rekurssenat, hat in seiner Sitzung vom 29. Januar 1907 das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben und den Rentenablehnungsbescheid vom 2. Juni 1906 wieder hergestellt aus folgenden Gründen:

Unfälle, die einen Arbeiter auf dem Wege zur Arbeitsstelle treffen, werden nicht dadurch zu Betriebsunfällen, daß der Weg mit Rücksicht auf den Zeitpunkt des Arbeitsbeginns in der Dunkelheit zurückgelegt werden muß. Den Gefahren der Dunkelheit sind alle Personen ausgesetzt, welche an dunklen Wintertagen ihrer Beschäftigung nachgehen müssen. Der Unfall, welchen der Kläger am 29. Dezember 1905 erlitten hat, ist auch nicht dadurch zu einem Betriebsunfall geworden, daß der Kläger zwei Zweispitze und ein Gefäß mit Essen bei sich getragen hat. Abgesehen davon, daß es an jedem Anhalt zu der Annahme fehlt, daß der Kläger nicht hingefallen wäre, oder daß der Fall weniger schwer gewesen wäre, wenn er nichts bei sich getragen hätte, ist folgendes zu berücksichtigen: Da nach der Bescheinigung des Arbeitgebers der Kläger Werkzeug nicht getragen hat, so kann, falls die Angabe des Klägers überhaupt auf Wahrheit beruht, nur angenommen werden, daß er eignes Werkzeug getragen hat. Dies geschah nicht im Interesse des Betriebes, sondern ebenso wie das Tragen des Gefäßes mit Essen, im persönlichen Interesse des Klägers. Hieraus folgt, daß der Unfall nicht als Betriebsunfall anzusehen ist. Es war daher dem Rekurse der Beklagten stattzugeben.

Die Entscheidung entnehmen wir der Monatsschrift für die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft.

Im allgemeinen erachtet das Reichsversicherungsamt bekanntlich die Unfälle nicht als versicherungspflichtig, wenn sie sich auf dem Wege von Hause zur Arbeitsstelle oder umgekehrt ereignen. Eine Abweichung findet nur in solchen Fällen statt, in denen der Unfall mit dem Betrieb in Zusammenhang steht, zum Beispiel durch Tragen von Werkzeug. In dem oben geschilderten Fall scheint ein besonderes Gewicht auf „eigenes Werkzeug" gelegt zu sein. Es läßt sich nun nicht feststellen, weil wir über den Vorfall nicht unterrichtet sind, ob der Arbeiter, wie es in der Steinindustrie noch so oft Unsitte, sein Geschirr selbst zu stellen hat. Trifft letzteres zu, dann lag das Tragen nicht im persönlichen Interesse des Abgewiesenen, sondern im Interesse des Betriebs. Die Kollegen werden aber hieraus ersehen, welche Konsequenzen es haben kann, wenn die Unsitte „eigenes Werkzeug" bestehen bleibt.

Zum Friedensschluss im gesamten Bauhandwerk von Nürnberg, Fürth und Umgebung.

Bereits in Nr. 13 unsres Fachorgans haben wir den Tarifabschluß der Bauhilfsarbeiter in Nürnberg und Umgebung zur Kenntnis gebracht. Nunmehr ist uns der gesamte Tarifabschluß seitens der Kollegen übermittelt, aus dem wir noch die Stundenlöhne der Runterputzer und Steinhauer bekanntgeben. Unsre Kollegen werden hier dasselbe Schauspiel sehen, wie bei den Bauhilfsarbeitern. Die Christlichen sind trotz ihres Verrats beiseite geschoben.

Vertrag der Freien Gewerkschaften, abgeschlossen am 14. März 1907.

Der Stundenlohn beträgt für ständige Profilierer und Runterputzer, ab 1. April 07 = 70 ₰.

Für einen gelernten Steinhauer

ab 1. April 07	. . . . .	59 ₰
„ 1. „ 08	. . . . .	62 „
„ 1. „ 09 b. 31. März 10		63 „

Für Steinhauer, welche vorübergehend zum Profilieren od. Runterputzen verwendet werden sowie für Kunst- und Hartsteinarbeiter, welche Werkzeug selbst stellen müssen, 5 ₰ Zulage pro Stunde.

Vertrag der christlichen Gewerkschaften, abgeschlossen während des Streiks 1906.

Profilierer und Runterputzer erhalten einen Stundenlohn

ab 1. Oktober 06	. . .	67 ₰
„ 1. Januar 07	. . .	68 „
„ 1. Juli 07	. . .	70 „

Für einen gelernten, volljährigen Steinhauer

ab 1. Oktbr. 06	. . . .	55 ₰
„ 1. April 07	. . . .	57 „
„ 1. Juli 07	. . . .	58 „
„ 1. April 08 b. 31. März 10		60 „

Für Steinhauer, welche zum Runterputzen oder Profilieren verwendet werden, ist während dieser Zeit ein Lohnzuschlag von 5 ₰ pro Stunde zu gewähren.

Mit Vorstehendem ist der Friede bis zum 31. März 1910 auch für die Steinarbeiter gesichert. Ob nun die christlichen Arbeiter das schmachvolle Verhalten ihrer Berater und Funktionäre einsehen — muß abgewartet werden. Deutlicher freilich, wie durch den Tarifabschluß im Bauhandwerk von Nürnberg und Umgegend, ist es den christlich organisierten Arbeitern nicht beizubringen.

Literarisches.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 27. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Reichstagsleiden. — Studien über sozialistische Aesthetik. Ueber Leben, Schönheit und Kunst. Von Henriette Roland-Holst. — Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Mehring. — Positive Leistungen der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Gesetzgebung. Von Hermann Molkenbuhr. — Bekenntnisse eines ehemaligen Offiziers. Von Rudolf Krafft. — Landagitation. Von F. Starosson. — Literarische Rundschau: Lafcadio Hearn, Izumo. Von C. Korn. Napoleone Colajanni, Latini e Anglosassoni. Von O. L. J. Gaule, Kritik der Erfahrung vom Leben. Von A. P.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.